

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Hans Herold

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Martin Böhm

Abg. Claudia Köhler

Abg. Michaela Kaniber

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Ruth Müller

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Katrin Ebner-Steiner

Abg. Florian Ritter

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Josef Zellmeier

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Johannes Becher

Abg. Harald Güller

Abg. Martin Hagen

Abg. Tim Pargent

Abg. Ralf Stadler

Abg. Johann Häusler

Abg. Dr. Ralph Müller

Abg. Raimund Swoboda

Staatsminister Albert Füracker

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe jetzt zur gemeinsamen Behandlung die **Tagesordnungspunkte 19 bis 21** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung

Finanzausgleichsgesetz (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2019) (Drs. 18/345)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsantrag von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 18/1432)

und

Haushaltsplan 2019/2020

Einzelplan 13

Allgemeine Finanzverwaltung

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/1387, 18/1388),

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/1370 mit 18/1380),

Änderungsantrag von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER (Drs. 18/1389),

Änderungsantrag von Abgeordneten der AfD-Fraktion (Drs. 18/1431),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/1359 mit 18/1369, 18/1393, 18/1394)

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

**über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die
Haushaltsjahre 2019 und 2020 (Haushaltsgesetz 2019/2020 - HG 2019/2020)**

(Drs. 18/346)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/1476, 18/1477, 18/1479),

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion (Drsn. 18/1478, 18/1552),

Änderungsanträge von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/1473 mit 18/1475),

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/1465 mit 18/1472)

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit von drei Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 39 Minuten, auf die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 25 Minuten, auf die Fraktion FREIE WÄHLER 21 Minuten, auf die Fraktionen der AfD und der SPD jeweils 20 Minuten sowie auf die FDP-Fraktion 16 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 39 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert. Die Redezeit der fraktionslosen Abgeordneten Raimund Swoboda und Markus Plenk beträgt 6 Minuten.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die SPD-Fraktion zum Änderungsantrag betreffend "Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes, Erhöhung des Grundbetrags, des Anwärtergrundbetrags oder Dienstanfängergrundbetrags und des Kinderzuschlags bei der Ballungsraumzulage und Aufhebung des Anwärtergrenzbetrags" auf Drucksache 18/1468 namentliche Abstimmung beantragt hat.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Als erstem Redner erteile ich dem Abgeordneten Herold von der CSU-Fraktion das Wort.

Hans Herold (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Kommunalpolitiker stelle ich fest, dass wir momentan ein ganz wichtiges Gesetz diskutieren, nämlich das sogenannte Finanzausgleichsänderungsgesetz 2019.

Ich sage auch gleich zu Beginn meiner Rede noch: Wir haben starke bayerische Kommunen. Unseren bayerischen Städten und Gemeinden geht es im Großen und Ganzen gut. Das sage ich aufgrund meiner politischen Erfahrungen insbesondere im kommunalen Bereich als ehemaliger Bürgermeister und auch als stellvertretender Landrat. Ich sehe doch, welche Situation es derzeit bei manchen Kommunen in meinem Stimmkreis gibt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, wir beraten einen guten und seriösen Doppelhaushalt 2019/2020, und wir beraten heute einen coolen – ich benutze ganz bewusst die Worte von Herrn Dr. Markus Söder – kommunalen Finanzausgleich der Superlative.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nennen Sie mir ein Bundesland in Deutschland, das nur annähernd einen solch zukunftsorientierten und soliden Staatshaushalt vorweisen kann, ein Bundesland, das seine Kommunen so gut unterstützt wie der Freistaat Bayern! – Da gebe ich gleich die Antwort: Es gibt keines.

Im Gegenteil, Berlin hat Schulden ohne Ende. Die rot-grüne-Regierung in Nordrhein-Westfalen hat seit über zwei Jahren Schulden in Höhe von 170 Millionen Euro angesammelt. Das ist acht Mal so viel, wie es im Freistaat Bayern der Fall ist. Und nun frage ich Sie, was die Gründe für die gute Finanzsituation unserer Kommunen und unseres Freistaates Bayern sind. In erster Linie sind es die fleißigen Bürgerinnen und Bürger, die heute auch anwesend sind, aber auch erfolgreiche Unternehmerinnen und Unternehmer, die eine zukunftsorientierte Finanz- und Wirtschaftspolitik der baye-

rischen Staatsregierungen seit Jahrzehnten als Hintergrund hatten. Das möchte ich ausdrücklich betonen.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb sage ich ein herzliches Dankeschön an unseren erfolgreichen Finanzminister Albert Füracker und ein besonderes Dankeschön allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des bayerischen Finanzministeriums sowie ein Dankeschön an die Mitarbeiter der jeweiligen zuständigen Häuser. Auf deren Arbeit können wir stolz sein.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, Sie wissen alle, dass wir bestimmte Leitlinien in der Staatsregierung, aber auch in der CSU-Fraktion und in der Regierungskoalition haben. Ich meine die Unterstützung unserer bayerischen Städte und Gemeinden. 9,97 Milliarden Euro geben wir im Jahr 2019 dafür aus, das ist eine einmalige Leistung in Deutschland.

Wir haben eine weitere wichtige Leitlinie, nämlich einen ausgeglichenen Haushalt im Freistaat Bayern, aber nach Möglichkeit natürlich auch immer wieder ausgeglichene Haushalte in unseren Kommunen.

Wir können stolz sein, dass wir es als einziges Bundesland in Deutschland zum 14. und 15. Mal geschafft haben, einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorzulegen. Darauf können wir ebenfalls sehr stolz sein.

(Beifall bei der CSU)

Aufgrund der Finanzaufweisungen an unsere Städte und Gemeinden können auch unsere Kommunen eine Schuldenreduktion betreiben. Wir werden als Freistaat Bayern in den Jahren 2019/2020 eine weitere Schuldenrückführung in Höhe von 1 Milliarde Euro vornehmen, und – das muss man immer auch nennen – wir haben seit dem Jahre 2012 6,6 Milliarden Euro an Schulden zurückbezahlt. Das ist eine einmalige

Zahl. Und wie Sie sicherlich auch wissen, haben wir eine Zinsausgabenquote in Höhe von 0,9 %. Auch das ist einmalig in Deutschland.

Wir werden auch 150 Millionen Euro quasi als Stabilisierungshilfen und Bedarfszuweisungen an unsere Kommunen weiterleiten können. Ich sehe es am Beispiel meines Stimmkreises, wie wichtig diese Unterstützung gerade für unsere Kommunen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir könnten unseren Städten und Gemeinden noch viel mehr Geld geben, wenn der Freistaat Bayern nicht oftmals eine unsolide und aus meiner Sicht teilweise unseriöse Finanzpolitik insbesondere der rot-rot-grünen oder der grün-roten Bundesländer über diesen Länderfinanzausgleich wieder ausgleichen würde. Allein im Jahr 2019 waren 6,9 Milliarden Euro für den Länderfinanzausgleich zu zahlen. Das sind über 10 % des Haushalts des Freistaates Bayern. Mit diesen 6,9 Milliarden Euro müssen unsere fleißigen bayerischen Bürgerinnen und Bürger die oftmals nicht gute Wirtschafts- und Finanzpolitik von überwiegend rot-grünen bzw. rot-rot-grünen Landesregierungen ausgleichen. Es heißt immer: Berlin ist arm, aber sexy. – Berlin ist aber nur deshalb sexy, weil die Berliner Landesregierung jährlich über drei Milliarden Euro an Finanzmitteln aus dem Freistaat Bayern bekommt. Das darf man auch mal sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Margit Wild (SPD): Jetzt wieder zum Thema!)

Da stelle ich mir wirklich die Frage, was wir mit diesen 6,9 Milliarden Euro im Freistaat Bayern alles machen könnten.

Wir haben eine starke Investitionsquote von 13,7 %, eine ganz wichtige Leitlinie unserer Politik. Mit dieser Quote sind wir Spitzenreiter unter den westdeutschen Flächenländern. Ich sage auch mit Stolz: Wir haben auch eine sehr starke Investitionsquote unserer Städte und Gemeinden, nämlich von über 20 %. Dies ist durch unseren kommunalen Finanzausgleich machbar.

Im Jahr 2019 geht insgesamt jeder vierte Euro des Staatshaushalts an die Kommunen. Das Förderspektrum reicht von der Kinderbetreuung bis zur Städtebauförderung, von Breitbandausbau bis zu den Erstattungen und Pauschalen für den Wegfall der Straßenausbaubeiträge.

Das Thema Kinderbetreuung ist die letzten Tage intensiv diskutiert worden. Es gab Vorwürfe der Opposition an uns, warum wir dafür nicht mehr Geld geben. Meine Damen und Herren, man muss wissen: Das sind freiwillige Leistungen des Freistaates Bayern. Wenn nicht genügend Kinderbetreuungsplätze vorhanden sind, zum Beispiel in München, muss sich mal die SPD-Regierung der Stadt München an die eigene Nase fassen. Das möchte ich ausdrücklich betonen.

(Beifall bei der CSU)

Wir ermöglichen unseren Kommunen Investitionsspielräume in Rekordhöhe. Diese Quote ist sehr hoch, wie ich soeben angesprochen habe. Mit dem höchsten kommunalen Finanzausgleich aller Zeiten – ich betone: aller Zeiten! – sorgen wir für solide Gemeindefinanzen in ganz Bayern; unsere Gemeinden, Landkreise und auch Bezirke, die ich ausdrücklich erwähnen möchte, erhalten dieses Jahr 9,97 Milliarden Euro, so viel wie nie zuvor.

Der kommunale Finanzausgleich macht rund 60 % der Leistungen an die Kommunen aus. Ich will aber noch darauf hinweisen, dass wir noch weitere Mittel in den jeweiligen Einzelplänen vorgesehen haben. Das sind weitere 7 Milliarden Euro, wie Sie wissen. Ich möchte nur den Ausbau der digitalen Infrastruktur erwähnen, wofür den Kommunen seit 2014 rund eine Milliarde Euro Förderung durch den Freistaat Bayern zugesagt wurde.

Mit dem kommunalen Finanzausgleich leistet der Freistaat Bayern einen maßgeblichen Beitrag zur guten Finanzausstattung der bayerischen Kommunen. Ganz, ganz wichtig – das sage ich auch als Vertreter des ländlichen Raumes –: Damit schaffen wir

eine Grundlage für gleichwertige Lebensbedingungen und auch Zukunftschancen in ganz Bayern. Ich denke, das ist eine ganz wichtige Aussage.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der kommunale Finanzausgleich des Jahres 2019 übertrifft die in den Vorjahren erzielten Rekordwerte nochmals. Da möchte ich mich auch noch mal ganz herzlich bei unserem ehemaligen Finanzminister und jetzigen Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder bedanken, aber auch bei unserem Innenminister Joachim Herrmann und unserem Finanzminister Albert Füracker. Mit diesen Leistungen haben Sie ganz wichtige Zeichen gesetzt für die Kommunen im Freistaat Bayern. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der kommunale Finanzausgleich in Höhe von 9,7 Milliarden Euro bedeutet eine Steigerung gegenüber 2018 um insgesamt 4,6 %. Dieser kommunale Finanzausgleich stärkt natürlich – wie Sie alle wissen, ich denke, dass die meisten oder fast alle von uns auch in der Kommunalpolitik tätig sind – auch die Verwaltungshaushalte, vor allem durch die Anhebung der Finanzausweisungen, und er verbessert die Investitionsfähigkeit der Kommunen durch eine massive Anhebung der Fördermittel für den kommunalen Hochbau.

Es gab eine Einigung am 10. Januar 2019 zwischen der Staatsregierung und den kommunalen Spitzenverbänden. Ich schaue hinüber zur Opposition. Wenn Sie heute diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen, üben Sie nach meiner Ansicht heftige Kritik an unseren kommunalen Spitzenverbänden.

(Beifall bei der CSU – Harald Güller (SPD): Wir machen es noch besser!)

– Okay, gut! Alles klar!

Die größte Einzelleistung im kommunalen Finanzausgleich sind natürlich die Schlüsselzuweisungen. Die Schlüsselzuweisungen wachsen 2019 um 240 Millionen Euro auf rund 3,9 Milliarden Euro an. Das ist eine Steigerung von 6,6 %. Von diesen Schlüssel-

zuweisungen – das wissen vor allem die Kommunalpolitiker – profitieren vor allem die etwas schwächeren Gemeinden und Landkreise. Das heißt, sie können frei und eigenverantwortlich verwendet werden. Eine deutliche Anhebung stärkt natürlich vor allem auch die kommunale Selbstverwaltung in Bayern. Ich bin sehr viel in meinem Stimmkreis unterwegs. Ich denke, mit diesen – in Anführungszeichen – "freien Mitteln" kann man natürlich alles Mögliche unterstützen, zum Beispiel auch Vereine. Bei bestimmten Anlässen haben die Bürgermeister oder auch Landräte im Unterschied zu uns meistens ein entsprechendes Kuvert dabei.

Die Mittel für Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen können auf dem hohen Niveau von 150 Millionen Euro gehalten werden. Damit können konsolidierungsfällige Gemeinden und auch Landkreise mit Strukturschwäche oder einer besonders starken negativen Bevölkerungsentwicklung gezielt unterstützt werden. Das sage ich auch als jemand, der in seinem Stimmkreis entsprechend betroffen ist.

Ein Schwerpunkt im FAG sind natürlich die kommunalen Investitionen, zum Beispiel die Mittel für die Krankenhausfinanzierung. Das wurde heute von unserer Ministerin Melanie Huml schon angesprochen. Die Mittel für die Krankenhausfinanzierung werden auf dem erreichten hohen Niveau von 643 Millionen Euro fortgeführt. Sie hat heute darauf hingewiesen, dass 1,8 Milliarden Euro quasi für den ländlichen Raum in den nächsten Jahren vorgesehen sind.

Im letzten Jahr sprach mein geschätzter Kollege Martin Bachhuber von der Fortführung des hohen Niveaus beim kommunalen Hochbau mit 500 Millionen Euro. Dieses Jahr werden die Mittel um weitere 50 Millionen auf 550 Millionen Euro erhöht. Das ist eine Erhöhung von 10 %. Das hilft auch den Kommunen bei ihren Investitionen in Schulen und Kindertageseinrichtungen. Für die Investitionspauschalen sind insgesamt 446 Millionen Euro vorgesehen. Diese Mittel können die Gemeinden und Landkreise eigenverantwortlich verwenden.

Ein Schwerpunkt ist natürlich immer wieder der Verkehr. Ich bin der Meinung, dass wir auch weiterhin insbesondere im ländlichen Raum ordentliche Staatsstraßen brauchen. Zum anderen werden die Mittel für die Betriebskostenförderung des ÖPNV um 27 % auf 94 Millionen Euro erhöht.

(Beifall bei der CSU – Harald Güller (SPD): Genau in diese Richtung gehen die Anträge der SPD!)

– Wunderbar, Herr Kollege Güller.

Natürlich werden wir auch in Bezug auf die Straßenausbaubeiträge entsprechend reagieren: im Jahr 2019 100 Millionen und ab dem Jahr 2020 250 Millionen Euro.

Ein wichtiger Punkt für unsere Bezirke – Artikel 15 FAG –: Sie bekommen eine Summe von 691 Millionen Euro.

Abschließend noch ein Hinweis: Auch 2019 hat der Freistaat Bayern für seine Haushaltspolitik wieder die Bestnote der Rating-Agenturen für eine beständige, nachhaltige und solide Finanzpolitik bekommen. Ich betone das. Die Fachleute dieser Agenturen verstehen von Haushaltspolitik – davon gehe ich einfach einmal aus – wahrscheinlich mehr, als mancher andere, der sich im Laufe dieser Woche zu Wort gemeldet hat.

(Beifall bei der CSU – Harald Güller (SPD): Das ist aber nicht nett, dass Sie so zu uns reden!)

Lieber Harald Güller, ich schaue immer auf die linke Seite. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, der kommunale Finanzausgleich 2019 beweist die faire Partnerschaft zwischen Freistaat und Kommunen. Er gibt den bayerischen Kommunen eine sehr gute finanzielle Grundlage, um ihren Zukunftsaufgaben gerecht zu werden. Ich gehe davon aus, dass Sie heute diesem Änderungsgesetz zustimmen werden. Eines möchte ich nämlich betonen: Bei Spatenstichen, Richtfesten oder Eröffnungen bei mir daheim, bei denen die Presse anwesend ist, muss ich aufpassen, dass mir von meinen Kolleginnen und Kollegen von der Opposition nicht auf die Füße getreten wird,

weil sie unbedingt auch auf dem Pressebild sein wollen, obwohl sie den Haushalt meistens ablehnen.

(Beifall bei der CSU – Margit Wild (SPD): Das ist doch gar nicht wahr!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist ein starkes Land. Bayern ist ein Land mit starken Kommunen. Bayern ist außerdem ein cooles Land. Deshalb bitte ich Sie mit größter Überzeugung um Zustimmung zum FAG 2019. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Herold, kommen Sie bitte zurück zum Rednerpult. – Es gibt eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Böhm. Bitte schön.

Martin Böhm (AfD): Lieber Herr Kollege Herold, eine kleine Zwischenbemerkung dazu: Wir beschließen mit diesem Finanzausgleichsgesetz auch Mittel für die Landeshauptstadt München, eine Stadt, die mit diesen Mitteln öffentliche Räume finanziert, für eine Stadt, deren Bürgermeister Entscheidungen gegen gewählte Mitglieder dieses Hohen Hauses trifft. Der Bürgermeister dieser Stadt wagt es, Mitglieder dieses Hohen Hauses in seinen Räumen nicht auftreten zu lassen. Mir ist wichtig, dass das im Protokoll über die Sitzung des heutigen Tages vermerkt ist.

(Beifall bei der AfD)

Hans Herold (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Ist das eine Frage? Sollte das eine Frage sein, dann wenden Sie sich bitte an die Rechtsaufsichtsbehörde. Ich kann diese Frage von hier aus nicht beantworten und will das auch nicht tun.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Herold. – Das Wort hat jetzt Frau Kollegin Claudia Köhler vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste! Zuerst gilt es heute, Danke zu sagen. Ich danke dem Büro des Haushaltsausschusses unter der Leitung von Frau Wichtermann-Robl sowie Herrn Treitner und Frau Bergbauer-Schlenzger. Ich danke Herrn Stuhlmüller und seinen Kolleginnen und Kollegen im Plenarreferat. Ich danke dem Haushaltsreferenten der GRÜNEN Christoph Hau sowie den Fraktionsreferenten und -referentinnen, die uns Abgeordnete mit so viel Know-how und Überstunden unterstützt und in einem zeitlich äußerst eng gesteckten Rahmen Änderungsanträge und Vorlagen für die Haushaltsberatungen erstellt haben.

Wir haben im Haushaltsausschuss insgesamt 641 Änderungsanträge beraten. Ich bedanke mich außerdem beim Ausschussvorsitzenden, dem werten Herrn Kollegen Zellmeier, und allen Kolleginnen und Kollegen, die an der Sache orientiert und respektvoll über diese Anträge diskutiert haben. Ich danke den Ministerinnen und Ministern, den Beauftragten der Ministerien sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den Ministerien, die jederzeit für Fragen zur Verfügung standen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So, genug des Lobes. Jetzt reden wir über 125 Milliarden Euro im bayerischen Doppelhaushalt. Als kommunal Aktive bin ich fest davon ausgegangen, dass wir in den Haushaltsverhandlungen und in den Sitzungen die beste Lösung suchen und auf den Weg bringen, und zwar gemeinsam. Es hätte uns allen gut getan, unvoreingenommen an die Herausforderungen heranzugehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So aber habe ich gleich was gelernt: Grundsätzlich wird im Ausschuss alles abgelehnt, was nicht von der Koalition kommt. Wir tagen mehrere Wochen lang, und Sie lehnen mit teils hanebüchenen Begründungen alles ab, was Ihnen nicht eingefallen ist.

(Wolfgang Fackler (CSU): Weil Sie nichts gegenfinanzieren!)

Das gilt für alle Bereiche, den öffentlichen Nahverkehr, Gesundheit, Kinderbetreuung, Wohnen, Artenschutz und Energie. Ja, das ist Ihr gutes Recht. Aber der Sache, nämlich einen guten Haushalt für Bayern zu erstellen, hilft das nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So warte ich geduldig, bis unsere Anträge erneut als Koalitionsanträge eingebracht werden. Kurz vor den Beratungen erschien der neue Bericht des Obersten Rechnungshofs. Er offenbarte, was wir GRÜNE schon nach der Vorlage des Entwurfs zum Doppelhaushalt kritisierten. Sie scheinen keine Vorstellung davon zu haben, was es heißt, für die Zukunft vorzusorgen. Stattdessen verteilen Sie wild und planlos Steuergeld und wälzen die Verantwortung auf die kommenden Generationen ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Oberste Rechnungshof kritisiert zu Recht, dass bei Ihnen Millionen, ja Milliarden Euro Haushaltsreste einfach liegen bleiben. Am Geld lag es also nicht. Sie hätten mit den bereits für Investitionen freigegebenen Mitteln einen Großteil der sozialen Herausforderungen unserer Zeit angehen können, also Wohnen, Gesundheit und Mobilität in der Stadt und auf dem Land. Wohlgermerkt, das sind keine Einsparungen. Das sind schlicht und ergreifend nicht erledigte Hausaufgaben, meine Damen und Herren. Im Jahr 2017 waren das 6 Milliarden Euro.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie sagen über den Ihre Versäumnisse entlarvenden ORH-Bericht: The same procedure as every year. – Mit Verlaub, das ist eine Unverschämtheit. Schließlich geht es hier um Steuergelder und hoheitliche Aufgaben, die Sie nicht erfüllt haben. Und Sie tun das als Silvesterschmerz ab!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie alle sprechen gerne von unseren Familien und von Kindern, die so wichtig für die Zukunft seien. Dann investieren Sie doch in die Kinderbetreuung!

(Hans Herold (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Das tun wir! Was tut die Stadt München?)

Investieren Sie in die Sicherung, der Qualität und das Personal der Kinderbetreuung! Was machen Sie? – Sie missbrauchen mehr als die Hälfte der Bundesmittel aus dem Gute-KiTa-Gesetz für Ihre im Wahlkampf versprochene Beitragsfreiheit.

(Beifall bei den GRÜNEN – Wolfgang Fackler (CSU): Kommunale Hoheit!)

Damit stopfen Sie ein Loch, das Sie selber aufgerissen haben.

(Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Nicht lernfähig!)

Diese Finanzmittel waren ausdrücklich für die Qualitätsverbesserung und die Personalentwicklung vorgesehen. Sie haben Ihre Maßnahmen im Ausschuss mit den Worten relativiert: Wir investieren doch schon jahrelang genug in die Qualität, da können wir einen Teil der Mittel des Bundes auch anderweitig verwenden. Nein, das können Sie eben nicht. Fragen Sie doch einmal bei Ihren Kommunen nach, die dauernd Geld zuschießen müssen, um Personal zu gewinnen, zu halten und zu schulen. Das ist eine Sisyphusaufgabe.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch etwas: Haben Sie überhaupt schon daran gedacht, dass der veränderte Einschulungskorridor noch weitere Kindergartenplätze nötig machen wird? Wo schon jetzt Erzieherinnen und Erzieher fehlen, werden wir im September dringend weiteres Personal brauchen. Aber die Personalgewinnung, die ist Ihnen wurscht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Familiengeld. Freilich ist dieses Geld willkommen. Wer lehnt schon ein Geschenk ab? Aber das ist keine in die Zukunft gerichtete Maßnahme, weil sie keine Strukturen schafft, die wir dringend bräuchten. Auch hier wird nur Geld ausgegeben, 1,5 Milliarden Euro in zwei Jahren. Ja, dieser Haushalt ist ein Meisterwerk,

(Klatschen des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

ein Meisterwerk der Verschwendung.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Oh mein Gott!

– Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Da muss sie selber lachen!)

– Herr Herold, ich danke für Ihren Applaus.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Er hat bei "Meisterwerk" geklatscht!)

– Mit Verlaub, Ihre Sozialpolitik ist nicht sozial, sondern damit wird Geld unabhängig vom Bedarf verteilt, also auch an die Familien, die es gar nicht brauchen. Zu diesem Einwand von uns meinte die Ministerin im Ausschuss allen Ernstes: Wir zahlen jetzt einmal aus. Wer das Geld nicht braucht, darf es gerne spenden, zum Beispiel an "Sternstunden". – Was ist das für eine Politik? Geld wird großzügig verteilt, und die Leute sollen dann selber entscheiden, ob sie es brauchen oder nicht. Ist das eine Sozialpolitik, die die Schere zwischen Reich und Arm verkleinern wird? – Nein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch den Pflegenden drücken Sie bloß Geld in die Hand. Davon gibt es aber keinen einzigen zusätzlichen Pflegeplatz und schon gar keine neue Pflegekraft.

Sie geben 748 Millionen Euro in zwei Jahren für das Landespflegegeld aus;

(Zuruf von der CSU)

auch noch mit dem Vermerk: Bedarf unklar. – Vielleicht wird es am Ende auch noch mehr kosten? Klar, da bleibt dann nichts mehr übrig. Sie garantieren demnächst den Rechtsanspruch auf einen Pflegeplatz und geizen dann am falschen Ort. Ob Pflegestützpunkte, Pflegeeinrichtungen für junge Menschen, den Meisterbonus in der Pflege oder die Umsetzung der Demenzstrategie und, und, und – alle Anträge von uns wurden abgelehnt.

Stattdessen schlagen Sie Lean Management für Krankenhäuser vor. Lean Management! Hier geht es um Menschen! Da ist kein neues Sparkonzept gefragt, sondern praktische Hilfe.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

Weil Sie die völlige Schulgeldfreiheit für Heilmittelberufe noch immer ablehnen,

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Das stimmt doch überhaupt nicht!)

haben sich heuer gleich einmal weniger Schülerinnen und Schüler

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER) – Weitere Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

als bisher angemeldet – das Gegenteil von dem, was wir dringend brauchen.

Ich sage Ihnen etwas: Natürlich mag das Thema Pflege für uns alle unangenehm sein, aber hier sind wir als Politikerinnen und Politiker schon aus demografischen Gründen gefragt. Hier wären Sie gefragt, Strukturen zu schaffen und eine ambulante und stationäre Versorgung zu gewährleisten. Brauchen Sie denn schon wieder ein Volksbegehren – das Pflegevolksbegehren –, bei dem Sie andere die Vorarbeit machen lassen und dann einfach die Lösungsvorschläge übernehmen? Chapeau! Auf diese Art für Bürgerbeteiligung zu sorgen, könnte ein fester Bestandteil Ihres Politikstils werden.

Apropos: Als während der Haushaltsverhandlungen die Nachricht kam, dass das Volksbegehren Artenvielfalt übernommen wird, haben wir gleich gefragt: Stimmen Sie jetzt den passenden Haushaltsanträgen von uns zu – neue Stellen, mehr Stellen für die Unteren Naturschutzbehörden und Geld für unsere Bäuerinnen und Bauern für die spätere Mahd? Auch hier: Die Anträge waren alle da, sie lagen alle auf dem Tisch – abgelehnt, weil Sie wieder erst einmal schauen wollten, was passiert.

(Zurufe der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER) und Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Und jetzt? Sie scheinen wirklich zu glauben, unendlich viel Zeit zur Verfügung zu haben. Der Artenschwund wartet aber nicht. Wie viele Expertenberichte wollen Sie noch abwarten?

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Unsere vorgesehene höhere Bedarfszuweisung für Kommunen brauche es nicht, meinten Sie. Wie bitte? Es sind doch die Kommunen, die für Ihre Schnellschüsse jetzt die Zeche zahlen müssen.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): (Beitrag nicht autorisiert) Oh mein Gott!)

Schulbauten sanieren, kommunale Gebäude energetisch sanieren – das ist nachhaltig.

(Weitere Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

Das würde CO₂ einsparen. Aber das kostet was.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Wir haben das mit Anträgen berücksichtigt. Sie haben das abgelehnt.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sind wir jetzt zu langsam oder zu schnell für Sie?)

Wir wollten die Schwimmbäder in die Hochbauförderung aufnehmen. Es gab Anträge für mehr Unterstützung der Kommunen bei der Renovierung von Schwimmbädern.

(Zuruf von der CSU)

Sie, Herr Finanzminister, meinten, man könne doch auch Schwimmbäder mehrerer Gemeinden zusammenlegen und außerdem sei es Sache der Eltern, ihren Kindern das Schwimmen beizubringen. – Aber, Herr Minister, da müssen auch die Eltern erst einmal ein Schwimmbad in der Nähe finden, oder sollen die in der Badewanne üben?

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Schwimmbäder sind übrigens nicht nur für Familien und Jugendliche eine wichtige Freizeiteinrichtung, sondern gerade auch für unsere Seniorinnen und Senioren. Gesundheit, Fitness und die soziale Komponente sollten uns das wert sein.

Haben wir wenigstens schon ein ausreichendes Angebot im öffentlichen Personennahverkehr? – Nein. Wir erleben es täglich. Ich bin heute auch wieder mit einer Dreiviertelstunde Verspätung gekommen, weil keine S-Bahn gefahren ist. Der ÖPNV ist eine Katastrophe. Das System ist an der Belastungsgrenze, weil Sie nicht rechtzeitig vorgesorgt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU)

Auch hier hätten Sie mit sprudelnden Steuereinnahmen alles schon viel früher auf den Weg bringen müssen. Anträge zu weiteren Zügen, zu mehr Linien, mehr Bestelltentgelten, Außenästen: Das lag alles auf dem Tisch – alles abgelehnt.

Reden Sie nicht nur von günstigen Tarifen. Reden Sie nicht nur von Taktverdichtung, von Verkehrsverbänden. Fangen Sie an, und zwar nicht nur in München! Aber es ist ja noch nicht einmal Ihr 365-Euro-Ticket-Versprechen explizit im Haushalt zu finden.

Haben Sie eine Idee, wie Sie das bezahlen wollen, oder war das wieder einmal ein PR-Gag?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Haushaltsanträge sind allesamt gegenfinanziert, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das haben wir auch offengelegt; darüber waren wir uns einig. Wir haben ein Programm vorgelegt, das auf Nachhaltigkeit achtet, das für die Zukunft trägt und das den ländlichen Raum sowohl bei der Digitalisierung als auch bei der Versorgung und beim öffentlichen Nahverkehr stärkt. Wir haben Vorschläge zur Inklusion gebracht. Wir wollten endlich das Gehörlosengeld einführen. Wir haben Anträge zum Artenschutz, zum Flächenmanagement, zu Nahwärmenetzen, zu regionalen Planungsverbänden und zu den unsinnigen Stellenwiederbesetzungssperren gestellt. Wir haben uns um eine Verbesserung der Chancengerechtigkeit in unserem Land bemüht. Die Liste unserer Anträge ist lang.

Natürlich werden wir jetzt gleich von Ihnen zu hören bekommen: Mit unseren Anträgen müssten wir auch Mittel aus der Rücklage entnehmen.

(Zuruf: Genau!)

Kein Mensch will oben draufsatteln. Das, meine Damen und Herren, liegt daran, dass Sie Ihre Wahlgeschenke bereits gesetzlich festgezurt haben und wir sie durch keinen Haushaltsantrag mehr kürzen oder stoppen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie werden auch nicht müde, Herr Minister, bei jeder Gelegenheit zu betonen: Bayern ist spitze, uns geht es so gut wie nie.

(Zurufe)

Trotzdem stehen die Menschen Schlange, um abgelaufenes Essen zu erhalten. Alles, was Ihnen zur Lösung dieser Armutsfrage einfällt, ist, einen Wettbewerb unter den Ehrenamtlichen der Tafeln auszuloben.

(Staatsministerin Michaela Kaniber: Das stimmt schlichtweg nicht!)

– Ich bitte Sie: Diese Auslobung ist weder ein Versehen noch ein Missverständnis und leider auch kein Fake.

(Zuruf)

Es zeigt Ihre Einstellung. Die Ehrenamtlichen sollen sich noch mehr anstrengen, damit Sie eine Aufgabe weniger haben. Meine Güte, Sie sollten sich anstrengen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie soll das jetzt weitergehen?

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Claudia Köhler (GRÜNE): Am Schluss, bitte.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Gut.

Claudia Köhler (GRÜNE): Wie soll das jetzt weitergehen? In der Rücklage waren Ende 2017 noch 8,3 Milliarden Euro. Dann haben Sie kräftig für die Wahlkampfschulden zugegriffen. Mit viel Glück und sprudelnden Steuereinnahmen haben Sie nun aufgrund der guten Konjunktur einen guten Jahresabschluss 2018 zu vermelden – anscheinend völlig überraschend 4,2 Milliarden Euro aus 2018 gefunden. Das Ganze zeigt doch nur, dass Sie unterm Jahr den Überblick über Ihre liquiden Mittel nicht verloren haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Strafzahlung von Audi von 800 Millionen Euro ist da übrigens auch mit drin. – Trotz dieses guten Ergebnisses und trotz der guten wirtschaftlichen Lage sinkt Bayerns Rücklage von diesen 8,3 Milliarden Euro noch 2017 am Ende auf 6,5 Milliarden 2020. Das müssen Sie den Menschen einmal erklären!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Per Saldo nehmen Sie seit Jahren deutlich mehr raus, als Sie zuführen. Wie lange wollen Sie das noch machen?

(Zurufe der Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER) und Hans Herold (CSU))

Ich frage Sie jetzt allen Ernstes:

(Hans Herold (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Wie hoch sind die Rücklagen in Berlin?)

Wie wollen Sie die Wahlgeschenke die nächsten Jahre finanzieren? Das läuft ja weiter; es gibt Gesetze dazu.

(Unruhe)

Die Rücklage ist vielleicht einmal aufgebraucht, wenn die Steuern laut Prognosen in zwei Jahren nicht mehr so sprudeln, die Sie im Übrigen am liebsten gleich noch senken wollen, wenn Risiken vor uns liegen, deren finanzielle Auswirkungen wir heute noch gar nicht ermessen können, der Klimawandel, Wohnen, der Verkehrskollaps, die medizinische Versorgung. Und was erwartet uns alles im Nachtragshaushalt?

Oder wollen Sie die Schuldentilgung aussetzen? Darüber waren Sie sich in einer Ausschusssitzung mit dem Koalitionspartner auch schon mal nicht ganz einig. Sie verschieben nämlich heuer schon die Tilgung und tilgen in diesem Jahr nur eine Viertelmilliarde Euro und dafür nächstes Jahr eine Dreiviertelmilliarde Euro.

(Zuruf: Genau!)

In den Pensionsfonds zahlen Sie 2019 auch nur 100 Millionen Euro statt 600 Millionen Euro ein. Auch das geht auf Kosten der nächsten Generationen. Riskant und fahrlässig ist das.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch nach den Haushaltsberatungen bleibe ich dabei: Dieser Doppelhaushalt ist nicht nachhaltig, er ist nicht vorausschauend, und er ist nicht generationengerecht. Fatal ist, dass die Steuern seit Jahren sprudeln. Sie hatten sogar die absolute Mehrheit. Sie hätten alles auf den Weg bringen können. Tun Sie endlich Ihre Pflicht! Es geht um die Menschen in Bayern, es geht um die Zukunft unserer Kinder und Kindeskiner. Überlegen Sie sich strukturelle Konzepte, und schaffen Sie tragfähige Lösungen!

Nehmen Sie mich bitte jetzt beim Wort. Schauen Sie sich jeden einzelnen Antrag von uns noch einmal haargenau an. Ich verspreche Ihnen, es gibt genügend Material für die nächsten Monate, um eigene Anträge zu formulieren. Kopieren Sie, verbessern Sie, das könnte zu wirklich guten und nachhaltigen, wirksamen und fundierten Entscheidungen führen, eben zu einer Politik mit Augenmaß.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke, Frau Köhler. Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich die Abgeordnete Michaela Kaniber gemeldet.

Michaela Kaniber (CSU): Sehr geehrte Frau Kollegin, ich bin doch etwas darüber verwundert, dass Sie die Tafeln immer wieder so hochkochen lassen. Vielleicht ist es angemessen, einmal aufzuklären, welche Bedeutung die Tafeln für das Sozialministerium, aber auch für das Landwirtschaftsministerium haben. Meine Kollegin, Frau Schreyer, ist dafür zuständig, dass wir Menschen, die nicht mit Geld gesegnet sind, helfen und ihnen entgegenkommen. Meine Aufgabe ist es vor allem, Lebensmittelver-

schwendung zu vermeiden. Wir in Bayern setzen sehr viel daran. Es war nie meine Absicht, einen Konkurrenzgedanken aufzubringen. Das war eine Botschaft, die die Medien leider daraus gemacht haben. Es ging um die Tafeln alleine. Es ging immer um die caritativen Einrichtungen in summa. Schön wäre es, wenn man sich darüber Gedanken macht, ob Politik immer so einfach dargestellt werden kann.

(Beifall bei der CSU)

Ich halte es nicht für in Ordnung, dass Sie positive Gedanken immer nur kritisieren. Die Frage ist: Wem dient diese Kritik, die Sie permanent anbringen?

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit. Sie haben eine Minute.

Michaela Kaniber (CSU): Tatsächlich ist es für uns elementar wichtig, darauf zu achten, dass Lebensmittel nicht weggeworfen werden. Ihre Ideen, wie Sie sie formuliert haben, mit dem Verweis auf Frankreich mit einem eigenen Gesetz, zeigen, dass wir es anders machen sollten, nicht mit einem Gesetz, sondern mit Wettbewerb und nicht in der Art, wie Sie es uns in die Schuhe schieben wollen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Wir haben beschlossen, die Zwischenbemerkungen auf 60 Sekunden zu beschränken. Frau Köhler, bitte.

Claudia Köhler (GRÜNE): Frau Ministerin, Sie bestätigen, dass die Tafeln enorm wichtig sind und eine wichtige Aufgabe erfüllen. Genau das kritisiere ich. In einem so reichen Land, in dem dauernd gerühmt wird, dass wir an der Spitze und so toll sind, sollten wir alles daraufhin ausrichten, dass wir die Tafeln gar nicht mehr brauchen. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, unterstützen wir die Tafeln mit 5,4 Millionen. Einen Erhöhungsantrag der SPD haben Sie sogar abgelehnt. Da bin ich mir jetzt nicht mehr ganz sicher. Wenn Sie mit den freiwilligen Helfern der Tafeln reden, hören Sie, dass sich diese am liebsten zurückziehen würden. Sie sagen, wir sind doch nur da,

um der Armut Einhalt zu gebieten. Dahin sollten alle unsere Anstrengungen gehen und nicht in die Richtung, dass sich die Helfer der Tafeln bemühen sollen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Fabian Mehring von den FREIEN WÄHLERN gemeldet. – Bitte schön.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Köhler, Sie haben in dem Haushaltsentwurf der Bayernkoalition zu meinem Erstaunen vermeintliche Deckungslücken im Bereich der Schulgeldfreiheit für die Heilmittelerbringerberufe, bei der Unterstützung der kommunalen Schwimmbäder aus Landesmitteln oder bei der Entlastung der bayerischen Kommunen festgestellt. Für mich ist es unverständlich, wie Ihr Redebeitrag zu dem passt, was im Haushalt steht. Hätten Sie die Güte, auf die erste Seite Ihres Redemanuskriptes zu schauen und zu überprüfen, ob Sie vielleicht die Rede vom letzten Jahr erwischt haben?

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Köhler, bitte schön.

Claudia Köhler (GRÜNE): Nein, Herr Kollege, ich war im letzten Jahr noch gar nicht da. Vielleicht haben auch Sie damals noch darüber geschimpft, dass die Schwimmbäder zu wenig unterstützt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe sehr wohl zur Kenntnis genommen, dass Sie mit einem einzigen vergleichsweise kleinen Antrag heuer die Schwimmbäder fördern wollen. Wir wollen sie dauerhaft fördern. Ich habe es Ihnen gesagt, wir wollen sie in die Hochbauvorlage mit hineinnehmen. Im Protokoll ist nachzulesen, dass der Minister argumentiert hat, warum das nicht notwendig ist und warum wir die Schwimmbäder mehrerer Kommunen zusammenlegen können, weil das nämlich alles nicht so tragisch ist. Dagegen richtet sich meine Kritik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Köhler, bleiben Sie bitte am Pult. – Es gibt noch eine Zwischenbemerkung. Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich die Kollegin Ruth Müller von der SPD gemeldet.

Ruth Müller (SPD): Frau Köhler, Sie haben die Tafeln angesprochen. Die Ministerin hat gerade erklärt, dass das ein Missverständnis war und die Medien es falsch dargestellt haben. Vielleicht könnten Sie die Ministerin einmal fragen, ob es denn im Bereich des Möglichen liegt, dass die Homepage des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten geknackt worden ist und dass jemand von den Medien den Wettbewerb da draufgeschrieben hat, wo die Kriterien für diesen Wettbewerb genau definiert sind.

(Beifall bei der SPD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie hätten weiterlesen müssen!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Köhler, bitte schön.

Claudia Köhler (GRÜNE): Frau Ministerin, ich habe es heute aktuell nicht verfolgt. Sollte es aber tatsächlich noch draufstehen, wäre es natürlich anständig, das noch zu ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Bernhard Pohl von den FREIEN WÄHLERN.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich mit einem Dank beginnen, an allererster Stelle an den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Josef Zellmeier, an die Mitarbeiter im Haus und in den Fraktionen und auch an die Oppositionsfraktionen für eine schnelle, gründliche und kollegiale Arbeit in den letzten Wochen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Mein Dank gilt auch dem Finanzminister und der Bayerischen Staatsregierung, denn aufgrund der Landtagswahl sind wir mit diesem Doppelhaushalt reichlich spät dran. Dennoch haben wir es geschafft, ihn zumindest Mitte Mai fertigzustellen. Das ist schon eine Rekordzeit. Das ist aber auch wichtig, damit das Geld, das wir in den Haushalt einstellen, auch ausgegeben werden kann.

Ich darf mich noch einmal an die Oppositionsfraktionen wenden. Vorhin gab es Kritik, dass die vielen Anträge, die Sie gestellt haben, bei den Haushaltsberatungen nur unzureichend berücksichtigt worden seien. Ich sage Ihnen: Ich kenne es aus zehn Jahren Oppositionsarbeit. Ich weiß, dass es manchmal unbefriedigend ist, wenn man feststellen muss, dass die Regierungsfaktionen andere Schwerpunkte gesetzt haben. Ich sage Ihnen aber auch: Natürlich sind die Anträge, die Sie gestellt haben – Frau Kollegin Köhler, darin stimme ich Ihnen zu –, Anregungen für die weitere Arbeit in diesem Haus; nicht alle Anträge, weil es doch grundlegende Unterschiede im Politikverständnis gibt. Und das werden Sie auch sehen, wenn Sie die Rede von Frau Köhler mit dem vergleichen, was ich jetzt zu sagen habe. Viele Anregungen, über die wir in den nächsten Monaten zu diskutieren und die wir zu berücksichtigen haben, sind in Ihren Anträgen enthalten.

Wenn ich jetzt aber auf Ihre Rede, Frau Kollegin Köhler, näher eingehe, dann gestatten Sie mir schon die Bemerkung: So konstruktiv, wie es im Ausschuss war, so wenig habe ich Verständnis für die Konfusion, die hier zum Teil zutage getreten ist. Ich sehe hier oben Claudia Stamm. Wir hatten harte Auseinandersetzungen auch inhaltlicher Art, aber in seinem Gehalt war das schon eine andere Hausnummer; das muss ich ganz ehrlich sagen. Sie reden zum Beispiel davon, dass Schwimmbäder in die Hochbauvorlage gehören. Etwas verstehe ich überhaupt nicht, nämlich dass Sie ständig von Wahlgeschenken und Geschenken an die Bürger reden. Das ist ein Staatsverständnis, das wir beide überhaupt nicht miteinander teilen. Es ist mitnichten so, dass das, was die Menschen in diesem Land erarbeiten, an den Staat abgeliefert werden

muss und der Staat darüber entscheidet, wer was braucht, und dann Geld an den Bürger zurückgibt. Das ist nicht unser Staatsverständnis.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich weiß gar nicht, warum Sie dauernd sagen, unsere Politik sei nicht nachhaltig und nicht in die Zukunft gerichtet. Ich sage es jetzt und habe es auch als Oppositionspolitiker jedes Jahr gesagt: Wenn man der Bayerischen Staatsregierung eines nicht vorwerfen kann, dann ist es eine unsolide Haushaltspolitik. Der Freistaat Bayern hat in den letzten zehn Jahren – eine Ausnahme ist die Landesbank; das muss man der Ehrlichkeit halber sagen, weil der Landesbankskandal ein tiefes Loch gerissen hat – und in den letzten Jahrzehnten eine vorbildliche Haushalts- und Wirtschaftspolitik betrieben. Das muss man anerkennen, egal, auf welcher Seite des Hauses man sitzt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dieser Doppelhaushalt führt die solide und vorausschauende Haushalts- und Wirtschaftspolitik weiter. Herr Kollege Herold hat heute davon gesprochen, das sei der beste Haushalt in der Geschichte des Freistaats. Ich kann sagen: Ja, Kollege Herold, das ist richtig; das ist auch der erste Haushalt, an dem die FREIEN WÄHLER als Regierungsfraktion beteiligt sind. Deswegen, Herr Kollege Herold, ist der Haushalt noch ein bisschen besser als die Haushalte, die bisher vorgelegt wurden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Da musst du selber lachen!)

Es ist selbstverständlich nicht mit Glück zu erklären, Frau Kollegin Köhler, dass die Rücklage steigt. Natürlich kann es sein, dass in einem Jahr steuerliche Effekte zusammenkommen, aber Sie müssen die Haushaltspolitik in Bayern schon langfristig betrachten. Die Rücklage steigt kontinuierlich an. Gute Rücklagen zu bilden, das ist vorausschauende Haushaltspolitik, das ist nachhaltig, das heißt, für Krisen gerüstet zu

sein. Damit ist man vorbereitet, wenn man mehr Geld in die Hand nehmen muss, weil zum Beispiel die Konjunktur lahmt.

Das zeigt dieser Haushalt aber auch. Ich sage es noch einmal: Wenn Sie von Wahlgeschenken sprechen, weil wir die Familien fördern, dann haben wir in der Tat ein völlig anderes Gesellschaftsverständnis. Sie sagen, Sie wollten nur die Familien fördern, die die Förderung brauchen. Sie wollen also entscheiden, wer Förderung braucht und wer nicht. Das ist ein merkwürdiges Staatsverständnis.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen die Mitte der Gesellschaft stärken und fördern. Natürlich sind wir für die Schwachen da. Das ist ganz klar, und das ist unsere Aufgabe. Aber wir müssen auch der Mitte der Gesellschaft etwas zurückgeben. In dieser Hinsicht ist die Familienförderung ein wesentliches Markenzeichen dieser Koalition, und das ist gut so.

Ich komme zu unseren Kommunen. Sie wissen, dass starke Kommunen ein Herzensanliegen der FREIEN WÄHLER sind, seit es die FREIEN WÄHLER gibt. Wir waren noch gar nicht im Landtag und haben überhaupt noch nicht über Landtagskandidaturen nachgedacht, als wir bayernweit gefordert haben, dass die Kommunen finanziell gestärkt werden müssen. Das hat auch einen tieferen Sinn; denn gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen wir nur durch starke Kommunen. Starke Kommunen sind auch die Voraussetzung dafür, dass das, was wir uns hier im Bayerischen Landtag in München ausdenken, was sich der Deutsche Bundestag ausdenkt oder was sich Europa ausdenkt, umgesetzt wird. Wir können die tollsten Programme erfinden und die tollsten Gesetze verabschieden. Wenn diese vor Ort nicht umgesetzt werden, ist alles Makulatur, auch wenn sie noch so gut gemeint sind.

Deswegen müssen wir unsere Kommunen ausreichend finanziell unterstützen. Ich habe immer gesagt: Der Staat ist der Treuhänder für die Kommunalfinanzen. Was im kommunalen Finanzausgleich verhandelt wird, ist ein gutes Ergebnis für unsere Kommunen.

Jetzt werden Sie mit Sicherheit sagen: Es steht wieder nur ein Anteil von 12,74 % am allgemeinen Steuerverbund im Haushalt. Liebe FREIE WÄHLER, was ist denn aus euch geworden? Ihr habt doch immer 15 % gefordert. – Die Antwort kann ich Ihnen geben: Für das Jahr 2019 mögen Sie recht haben, aber im Jahr 2020, wenn der Länderfinanzausgleich wegfällt, fällt gleichzeitig die Gewerbesteuerumlage für die Kommunen weg. Das bedeutet 800 Millionen Euro mehr für die Kommunen. Das sind 8 % mehr. Wenn Sie die 800 Millionen Euro anrechnen, dann liegen Sie interessanterweise ziemlich genau bei den 15 %, die wir immer gefordert haben.

Deswegen: Herzlichen Dank, Herr Finanzminister. Es ist gut, dass die Entscheidung so kommunalfreundlich getroffen wurde. Damit haben die Kommunen langfristig, mittelfristig und kurzfristig Planungssicherheit und auskömmliche Finanzen auch für die Zukunft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Für gleichwertige Lebensverhältnisse brauchen wir auch eine Verteilung dieser Gelder nach der Leistungsfähigkeit. Deswegen ist es gut, Herr Finanzminister, dass die Stabilisierungshilfen in Höhe von 150 Millionen Euro für diejenigen weiter gewährt werden, die momentan gewisse Probleme haben, seien sie struktureller, finanzieller oder demografischer Art. Es ist gut, dass wir diesen Topf hernehmen, um diejenigen gezielt zu fördern, die es brauchen. 150 Millionen Euro noch zusätzlich bereitzustellen, heißt, dass wir mittel- und langfristig allen Kommunen die Chance geben, gut in die Zukunft zu investieren und dauerhaft leistungsfähig zu sein.

Wir denken nicht nur an die Kommunen, wir denken auch an die Bürger. Die FREIEN WÄHLER haben im letzten Jahr aus der Opposition heraus etwas auf den Weg gebracht, was aus meiner Sicht ein ganz wichtiges Zeichen war: die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Nicht nur, dass wir damit Eigentümer entlastet haben, nein, das ist auch ein generelles politisches Signal, dass wir als Politiker Bürger entlasten und nicht, wie es der Bund tut, durch jährliche versteckte Steuererhöhungen – ich

habe es heute Vormittag schon gesagt; ich meine die kalte Progression – jedes Jahr die Bürger mehr belasten. Nein, wir setzen das Signal, dass Bürger auch entlastet werden. Deswegen haben wir die Straßenausbaubeiträge gemeinsam mit unserem Koalitionspartner abgeschafft. Die CSU war am Anfang noch nicht so begeistert davon, aber ich möchte ausdrücklich anerkennen, dass die CSU diesen Weg gemeinsam mit uns geht. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben auch einige Begleitprobleme in den Blick genommen, die sich durch die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ergeben haben. Wir haben einen Härtefallfonds in Höhe von 50 Millionen Euro aufgelegt, um die Fälle der Jahre 2013 bis 2017 in den Blick zu nehmen, die noch unbefriedigend sind und wo wir gezielt unterstützen und helfen können. Wenn Sie sich das Gesetz anschauen, dann sehen Sie, dass dieses Gesetz unbürokratisch ist. Das wird schnell erledigt. Innerhalb des nächsten halben Jahres kann man Anträge stellen, und dann wird entschieden und ausbezahlt. So muss Politik sein, so muss Politik funktionieren. Wir räumen solche Dinge schneller ab, als in Berlin Koalitionen gebildet werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir haben, lieber Kollege Adelt, auch das Problem der Strebs gelöst.

(Klaus Adelt (SPD): "Gelöst"!)

– Ja, wir haben das Problem der Strebs gelöst.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Abgeordneter Klaus Adelt (SPD) erhebt sich und begibt sich vorübergehend in die hinteren Reihen)

– Ich weiß, dass dabei Ihr Blut besonders in Wallung kommt. Aber dieses Problem war höchst unbefriedigend. Denn der Innenminister Joachim Herrmann hat Briefe an die Städte und Gemeinden geschrieben und darin mitgeteilt: Alte Straßen müsst ihr nicht

mehr bis 2021 fertigbauen, wenn ihr das nicht wollt. – Aber die Kommunen haben es zum Teil nicht geglaubt. Sie haben gesagt: Um Gottes Willen, wir haben Angst, dass wir uns strafbar machen, wenn wir das nicht noch bis 2021 erledigen. – Wir haben das klargestellt: Keine Kommune muss mehr eine alte Straße fertigbauen; keine Kommune muss mehr gegenüber dem Anlieger eine alte Straße abrechnen.

Dann war ich schon etwas überrascht, dass die kommunalen Spitzenverbände, der Gemeindetag und der Städtetag, sich hier auf den Schlipf getreten fühlen. Aber da muss man schon sagen: Wer hat denn das Problem verursacht?

(Klaus Adelt (SPD): Die FREIEN WÄHLER! – Heiterkeit bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN – Lachen bei den FREIEN WÄHLERN)

Wer hat denn die Straßen 25 Jahre liegen gelassen? – Lieber Herr Adelt, beruhigen Sie sich. Die Bürgermeister haben diese Probleme, sie haben die alten Straßen. Nachdem es sich um einen Zeitraum von 25 Jahren handelt, Herr Kollege Adelt, ist es sehr wahrscheinlich, dass daran nicht nur SPD-Bürgermeister schuld waren; denn ich glaube, es gibt nicht so viele Kommunen in Bayern, in denen die SPD 25 Jahre am Stück regiert hat.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir lösen Probleme.

Frau Kollegin Köhler, Sie sagen: Wohnen, Gesundheit, Mobilität. Darauf sage ich Ihnen: Ja, das sind wichtige Schwerpunkte; aber wir greifen diese Schwerpunkte auch auf. Der Kollege Herold hat vorhin völlig zu Recht gesagt, dass wir den kommunalen Straßenbau unterstützen, dass wir den Staatsstraßenbau unterstützen, wenn auch nicht im Einzelplan 13. Da hat er recht. Als wir gestern über den Haushalt des Bauministers diskutiert haben, hat Ihr Kollege gesagt, die Förderung des Staatsstraßenbaus sei Satire. Darauf kann ich nur sagen: Wenn das Satire ist, dann ist die Förderung des

ÖPNV ebenfalls Satire. Denn wir können die Gesetze der Schwerkraft noch nicht außer Kraft setzen; die Busse fahren eben auch auf Straßen.

Und verdammt noch mal, ich wiederhole: Wenn man die Sache nur aus der Großstadt-perspektive betrachtet, dann sollte man doch auch akzeptieren, dass es ländliche Räume gibt, in denen man ein leistungsfähiges Straßennetz braucht, um das, was Sie völlig zu Recht ansprechen, nämlich die Mobilität, dauerhaft und gut herzustellen. Denn Mobilität, Frau Kollegin, heißt auch Stärkung des ländlichen Raums, heißt auch gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern. Dort, wo Sie gute Straßen, gute Schienen und auch sonstige gute Infrastruktur haben, dort haben Sie vielleicht auch die Chance, einmal ein Unternehmen anzusiedeln, nicht nur in München und im Speckgürtel der großen Städte, sondern auch im ländlichen Raum. Das ist unsere Politik, und diese verfolgen wir ganz konsequent.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sie sagen, wir würden Steuergeld verschwenden. Na ja, gut, "verschwenden" ist ein Totschlagargument. Aber ich kann nur sagen: Wenn wir Steuergeld verschwenden, dann verlangen Sie doch von uns, dass wir radikal die Steuern senken; dann verlangen Sie von uns, dass wir Länderöffnungsklauseln für alle Steuerarten verlangen; denn dann könnten wir das, was wir angeblich verschwenden, dem Bürger zurückgeben. Nein, umgekehrt wird ein Schuh daraus. Wir geben das Geld nicht planlos, sondern sehr zielgerichtet aus. Wir haben einen Plan. Wir haben allerdings ein anderes Verständnis des Zusammenlebens der Menschen. Unser Verständnis des Zusammenlebens der Menschen basiert darauf, dass wir die örtlichen Gemeinschaften stärken wollen, Heimat im besten Sinne erhalten und stärken wollen. Zum Zusammenleben der Menschen gehört natürlich auch das Thema Integration. Ich meine die Integration von Menschen in Orten, aus denen sie nicht herkommen, egal, ob sie aus dem Ausland oder aus dem Inland kommen. Wichtig sind die Stärkung des Ehrenamts, die Stärkung der Vereine, die Stärkung der Gruppen und die Förderung der Verhältnisse, die die Menschen in den Orten halten.

Niemand hat etwas davon, wenn Zehntausende Menschen weiter nach München ziehen. Ich hatte Ihnen gestern die Zahl genannt: Die Statistik sagt, bis 2040 liegt die Einwohnerzahl in München bei 1.850.000. Wollen wir dann die dritte Stammstrecke bauen und wieder Milliarden in München investieren, anstatt das Geld in den Regionen Bayerns auszugeben, wo mit weniger Geld mehr erreicht werden kann? Wollen wir tatsächlich durch eine immer größer werdende Landeshauptstadt das Mietproblem dort auf die Spitze treiben, die Preise immer mehr steigen lassen? – Wenn Sie mit irgendwelchen ideologischen Vorstellungen daherkommen, dass man die Mietpreise oben einfrieren kann, dann sage ich Ihnen: Wir haben doch nicht das Problem, dass die Mietpreise in ganz Bayern zu hoch wären; wir haben das Problem, dass es in Bayern Regionen gibt, aus denen die Menschen wegziehen, während in den Ballungszentren, insbesondere in München, viel zu wenige Wohnungen entstehen, um die Zuzüge der Menschen aufzufangen, die aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland in die Landeshauptstadt und in die Umgebung von München kommen.

Das ist doch unser Problem. Dieses können wir mittel- und langfristig nur durch eine Strategie lösen, indem wir gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen, sodass wir starke Regionen in ganz Bayern haben, sodass auch Nordostoberfranken Zuzugsgebiet wird, sodass die Menschen wieder stärker in die Rhön und in andere Teile Bayerns ziehen, aus denen Menschen momentan wegziehen und wo es demografische Negativtendenzen gibt. Das muss unsere Aufgabe sein. Das leistet dieser Haushalt.

Ich darf mich abschließend noch mal beim Herrn Finanzminister bedanken. Es ist der erste Haushalt, den er als Finanzminister aufstellt. Ich sage: Dieser Haushalt ist hervorragend gelungen. Meine persönliche Prognose lautet: Die zu Recht geplante Entnahme aus der Rücklage – Sie müssen vorsichtig haushalten – wird mit Sicherheit nicht so hoch ausfallen, wie sie geplant ist. Wahrscheinlich wird eine Entnahme aus den Rücklagen gar nicht notwendig sein. Diesem Haushalt muss man einfach zustimmen.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Ebner-Steiner von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Wir nähern uns dem Ende der Zweiten Lesung des vorliegenden Entwurfs zum Haushaltsgesetz. Wir haben in den vergangenen zwei Tagen intensiv die Einzelpläne verschiedener Staatsministerien diskutiert und befassen uns nun zum Abschluss mit dem Großen und Ganzen des Haushalts.

Kommen wir direkt zur Sache. Einer der größten Makel dieses Entwurfs ist die Plünderung der Rücklagen bei gleichzeitig fehlender Schuldentilgung, und das alles, um konsumtive Ausgaben zu finanzieren.

(Hans Herold (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Wie hoch ist die Plünderung? –
Tanja Schorer-Dremel (CSU): Haben Sie zugehört?)

Gestern hat der Ministerpräsident die neuesten Zahlen zu den Rücklagen erstmals öffentlich bekannt gemacht. Die Rücklagen sollen demnach bis Ende 2020 6,5 Milliarden Euro betragen. Und das soll uns nun als frohe Botschaft verkauft werden! Die Wahrheit ist, dass sich die Rücklagen Ende 2017 noch auf 8,3 Milliarden Euro beliefen und dass sich die Rücklagen ohne die geplante Entnahme sogar auf über 10 Milliarden Euro Ende 2020 belaufen könnten.

Aber abseits dieses Zahlenwerks ist doch am Schlimmsten, dass angesichts einer abflauenden Konjunktur diese Rücklagen nun für den Konsum verwendet werden. Damit nicht genug! Gleichzeitig verlangsamten Sie auch grundlos die Schuldentilgung. Es genügt nicht, einfach nur irgendeinen Schuldendienst zu leisten. Als ehemaliger Finanzminister müsste das der Herr Ministerpräsident doch eigentlich wissen. Als Finanzminister hat er den Schuldenabbau doch schon vor Jahren gesetzlich verankert. Doch in diesem Haushalt sollen zunächst nur 250 Millionen Euro und nächstes Jahr 750 Millio-

nen Euro getilgt werden. Das bleibt weit hinter der mittelfristigen Finanzplanung zurück. War es nicht ursprünglich vorgesehen, dass bis Ende 2021 jedes Jahr mindestens eine Milliarde Euro getilgt wird? Wenn wir die Rückzahlung der Schulden nur im Schnecken tempo leisten, dann wird Bayern doch erst in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts schuldenfrei.

Doch diese Kritik ist nicht neu. Auf Unwissenheit kann sich hier niemand berufen. Denn neben der AfD moniert ja auch der Oberste Rechnungshof die fehlende Nachhaltigkeit des Haushaltsentwurfs. Ja, selbst die FDP, die es sicherlich gut mit der Regierung meint, hat vor knapp zwei Monaten im Haushaltsausschuss einen Dringlichkeitsantrag zur Rücknahme und umfassenden Überarbeitung des vorliegenden Gesetzentwurfs eingereicht. Die AfD hat selbstverständlich zugestimmt.

Meine verehrten Damen und Herren, doch jetzt so in der Rückschau frage ich mich, ob das wirklich sinnvoll war. Denn ich glaube nach der Erklärung des Ministerpräsidenten gestern nicht mehr daran, dass diese Regierung einen brauchbaren und überarbeiteten Entwurf vorlegen könnte. Völlig selbstgefällig wird der Trend der letzten Jahre, die ständige Ausgabensteigerung, fortgeschrieben. Natürlich findet sich auch in diesem Doppelhaushalt ein ordentliches Ausgabenplus wieder. Im Jahre 2014 war die erklärte Absicht der Staatsregierung noch, dass keine Steigerung der Ausgaben jenseits der 3 % pro Jahr stattfinden darf. Mittlerweile sind wir bei weit über 4 %.

Wahrscheinlich werden Sie mit der Ausgabenerhöhung, also mit der Verschleuderung unseres sauer verdienten Steuergelds, erst dann aufhören, wenn Sie von der nächsten Rezession dazu gezwungen werden. Dann, leider erst dann, werden die Bürger sehen, dass in den guten Jahren seit der letzten Finanzkrise keine ausreichenden Rücklagen aufgebaut wurden, dass alles verkonsumiert wurde, dass die Schuldenlast drückt, und hoffentlich auch, dass die CSU nicht weiter mit der Zukunft Bayerns betraut werden darf.

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Oh!)

Im Übrigen sind wir als AfD der Meinung, dass Steuergeldverschwendung bestraft werden muss.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Florian Ritter von der SPD-Fraktion.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Auf Initiative der SPD wurde im Jahr 2013 durch Volksentscheid der Passus in die Verfassung aufgenommen: Der Staat gewährleistet den Kommunen im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit eine angemessene Finanzausstattung. – Wer anschafft, der soll auch zahlen. Das ist das Grundprinzip, das damit in der Verfassung steht. Tatsache ist aber auch, dass es neben den Gesetzen, die hier beschlossen worden sind und für die es einen Ausgleich gab, bei den Kommunen tatsächlich einen beständigen Aufgabenzuwachs gab, der nicht ausgeglichen worden ist. Die Finanzausstattung hinkt den Aufgaben hinterher.

Wir als SPD haben hier in diesem Haus deshalb schon immer die Forderung der kommunalen Spitzenverbände mitgetragen, den kommunalen Anteil am allgemeinen Steuerverbund schrittweise von 12,75 auf 15 % anzuheben, den kommunalen Anteil am Kfz-Steuerersatzverbund schrittweise auf 65 % zu erhöhen, wo er 2002 schon mal war, und den Kommunalanteil an der Grunderwerbsteuer zu erhöhen. Die war auch schon mal deutlich höher, und die Erhöhung des Aufkommens während der letzten Jahre eröffnet hier Spielraum.

Wenn der Kollege Herold jetzt hergeht und sagt, wer die Positionen der kommunalen Spitzenverbände vertritt, fällt den kommunalen Spitzenverbänden in den Rücken, dann ist das verhältnismäßig billig.

(Hans Herold (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Ich habe gesagt, wer sie ablehnt, und habe nicht gesagt: wer sie vertritt!)

Selbstverständlich sind die kommunalen Spitzenverbände mit der Einigung über das FAG einen Kompromiss eingegangen. Die kommunalen Spitzenverbände wissen das auch – sie haben ja schon mehrere Kompromisse gemacht – und sind in den letzten Jahren nie von den Forderungen, die ich hier vorgetragen habe, abgewichen.

(Beifall bei der SPD)

Wir unterstützen diese Forderungen deshalb in diesem Hause auch weiterhin.

Die Ausstattung der Kommunen muss in vielen Bereichen dringend verbessert werden. Hierzu haben wir bei den Beratungen im Haushaltsausschuss eine Reihe von Anträgen eingebracht, die ich nur ganz kurz noch mal vorstellen will.

Eine solide Investitionsförderung für bayerische Krankenhäuser. Sonstige Leistungen nach dem Krankenhausgesetz müssen tatsächlich noch mal deutlich erhöht werden. Wir haben gerade in der Fläche ein Problem in der Gesundheitsversorgung. Die Finanzierung der Krankenhäuser ist in den letzten Jahren massiv unter Druck geraten.

Wir haben uns in den letzten Haushalten, gerade im Bau- und im Wirtschaftshaushalt, intensiv mit dem Thema Mobilität auseinandergesetzt. Auch hier müssen dringend mehr Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände für Zwecke des ÖPNV erfolgen, und zwar als grundsätzliche Finanzierung, die nicht projektgebunden ist.

(Beifall bei der SPD)

Ebenfalls ein wichtiger Punkt ist die Sanierung kommunaler Gebäude. Hier ist enormes Sparpotenzial sowohl auf der finanziellen Seite als natürlich auch beim CO₂-Ausstoß und beim Energieverbrauch vorhanden. Das können viele Kommunen nicht alleine tragen. Deshalb haben wir hier die Initiative ergriffen, der aber von der Staatsregierung nicht gefolgt worden ist.

Kolleginnen und Kollegen, ein weiterer wichtiger Punkt, bei dem die Kommunen im Freistaat eine ganz zentrale Rolle spielen, ist die Schaffung von bezahlbarem Wohn-

raum. Sie könnten hier tatsächlich Gutes tun, auch ohne einen Pfennig auszugeben, indem Sie unserem Antrag, hier eine Klarstellung in der Landkreisordnung über die Aufgaben der Landkreise herbeizuführen, zustimmen würden. Die Landkreise könnten nämlich auch Aufgaben des sozialen Wohnungsbaus übernehmen. Hier gibt es noch viel zu viele Unklarheiten, die am Ende auch dazu führen, dass Landkreise schlicht und ergreifend untätig bleiben. Hier brauchen wir diese Klarstellung. Geben Sie sich einen Ruck, stimmen Sie dem zu! Das würde den Haushalt an keinem Punkt belasten.

Ein weiterer Punkt, den wir in diesem Zusammenhang eingebracht haben, ist eine Änderung der Haushaltsordnung. Ein Kollege von der CSU hat in der Beratung des Wirtschaftsausschusses schon mal signalisiert, dass er es persönlich für richtig hält, dass die Kommunen für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum vergünstigte Konditionen bei der Übernahme von staatlichen Grundstücken erhalten. Wir haben hier einen Antrag eingebracht, durch den die Haushaltsordnung dahin gehend geändert würde, dass im Falle eines Erwerbs eines staatseigenen Grundstücks durch die Kommune der Verkehrswert für bezahlbaren Wohnraum unterschritten werden darf; nicht muss, aber darf. Diese Option sollten wir tatsächlich geben, um hier zu besseren Ergebnissen bei der Wohnraumschaffung zu kommen.

Kolleginnen und Kollegen, ein anderer Bereich, der uns hier noch mal beschäftigt, ist die Situation der Angestellten und der Beamtinnen und Beamten beim Freistaat Bayern. Sie ist nicht einfach. Auch hier gab es eine ständige Zunahme von Aufgaben, wobei der Personalstamm dieser Zunahme an Aufgaben nicht hinterhergekommen ist. Exemplarisch für den Personalbedarf in der Staatsverwaltung möchte ich die Steuerverwaltung nennen. Zum 1. Januar 2019 standen den bayerischen Finanzämtern insgesamt 16.367 Stellen für planmäßige Beamte sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zur Verfügung. Das Personal beträgt zum Stichtag 1. Januar 2019 aber nur 14.972 Vollzeitkräfte. Das heißt, 1.395 Stellen waren nicht mit Arbeitskräften besetzt, obwohl hier ein immenser Personalbedarf vorhanden ist. Hier muss sich tatsächlich etwas ändern. Unter Staatsminister Prof. Falthäuser gab es 2006 mehr Stellen und

mehr Vollzeitkräfte in der Steuerverwaltung als heute. Gegenüber 2018 ist die Zahl der Arbeitskräfte gesunken, obwohl gleichzeitig die Fallzahlen gestiegen sind.

(Beifall bei der SPD – Harald Güller (SPD): Deutlich gestiegen sind! – Zuruf von der CSU: Das haben wir doch schon besprochen! – Harald Güller (SPD): Vielleicht verstehen Sie es beim dritten Mal!)

Man kann es nicht oft genug sagen.

Kolleginnen und Kollegen, geradezu widersinnig ist die Wiederbesetzungssperre in der eh schon unterbesetzten Steuerverwaltung, zumal jeder Steuerbeamte das X-Fache an Steuereinnahmen bringt im Vergleich zu dem, was er den Staat kostet. Wir sehen jedenfalls dringenden Handlungsbedarf, was das Personal in den Finanzämtern angeht.

Wir treten beim neuen Doppelhaushalt für eine generelle Streichung der dreimonatigen Wiederbesetzungssperre ein, da insbesondere in kleinen Dienststellen der Ausfall eben nicht kompensiert werden kann und fällige Einstellungen und Beförderungen verzögert werden; also für eine Abschaffung der pauschalen Stellensperre nach Artikel 6b des Haushaltsgesetzes. Unsere Linie anstelle der pauschalen Sperren lautet: Da, wo Aufgaben sind, müssen auch die Stellen bleiben. Wo neue Aufgaben dazukommen, müssen neue Stellen geschaffen werden. Nur da, wo tatsächlich Aufgaben wegfallen, können auch die Stellen wegfallen.

Weiter fordern wir die Schaffung verbesserter Beförderungsmöglichkeiten nach Artikel 6i des Haushaltsgesetzes in allen Ressorts. In Fortführung des neuen Dienstrechts und aufgrund der starken Leistungsanforderungen an die Beschäftigten ist die Schaffung weiterer Beförderungsmöglichkeiten geboten. Tatsächlich ist die Beförderungssituation in vielen Bereichen sehr angespannt und für die Bediensteten unbefriedigend.

Schließlich treten wir für eine weitere Verbesserung der Ballungsraumzulage ein. Die ursprünglichen Zahlungsbeträge wurden zwar um 50 % angehoben. Wir halten aber eine Verdoppelung der ursprünglichen Beträge für dringend erforderlich.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, hier geht die Landeshauptstadt München mit gutem Beispiel voran. Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München und die SPD-Fraktion im Münchner Stadtrat streben eine Verdoppelung der München-Zulage für die städtischen Beschäftigten an. Die München-Zulage beträgt rund 134 Euro monatlich und soll damit auf 268 Euro erhöht werden. Der Grundbetrag der Ballungsraumzulage beträgt im Vergleich dazu nur 123 Euro.

Kolleginnen und Kollegen, alles in allem stellen wir fest, dass es sowohl im Bereich der Situation der Beschäftigten noch einiges zu tun gibt, als auch im Finanzausgleich noch einiges zu schaffen wäre. Was die Bayerische Staatsregierung hier vorgelegt hat, ist unseres Erachtens völlig unzureichend. Daher werden wir dem nicht zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP. Bitte schön.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will mit einem Dank anfangen, und zwar nicht mit einem Dank an Ministerien und Beamte, sondern mit einem Dank an Frau Kollegin Köhler. Die hat mir bei dem Thema Nachhaltigkeit, Schulden etc. völlig aus dem Herzen gesprochen. Vielleicht kann ich deshalb meine Rede kürzer halten.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Um keinen falschen Eindruck zu erwecken: Bei den Dingen, für die Sie Geld ausgeben wollen, kommen wir nicht zusammen. Das wissen Sie auch.

Punkt eins, FAG. Da habe ich mich schon mal entsprechend positioniert. Ich halte die ganze Konstruktion für ausgesprochen gut in dem Sinne, dass sie sehr gerecht ist und versucht, jedem Fall konkret gerecht zu werden. Aber dadurch ist sie auch so komplex geworden, dass sie eigentlich keine Steuerungsfunktion mehr hat. Das ist meine Schwierigkeit dabei. Wenn ich mit Kämmerern rede, bekomme ich immer zu hören: Wir können das ungefähr schätzen, aber ganz genau wissen wir es nicht. Das betrifft die Schlüsselzuweisungen wie auch die normalen FAG-Mittel.

Ich glaube, wir müssen hier etwas tun. Ich habe auch schon angekündigt, dass wir uns das mal vornehmen. Grundsätzlich muss man natürlich auch sagen, dass die Gemeinden damit immer wieder mehr Geld bekommen. Dass sie das dann nicht infrage stellen, ist auch klar. Ich glaube aber trotzdem, dass sie auch die strukturellen Probleme dabei sehen und man durchaus noch den einen oder anderen überzeugen würde. Insofern werden wir dem FAG auf jeden Fall zustimmen.

Ich wollte noch ein paar einzelne Punkte aus dem Haushaltsgesetz herausgreifen: Der Strabs-Härtefallfonds wurde vorhin schon angesprochen. Abgesehen davon, dass ich den vorgesehenen Betrag für viel zu niedrig halte, finde ich auch die Konstruktion alles andere als flexibel und bürgernah.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der SPD)

Ich glaube, dass das insofern ziemlich ungerecht ist, weil die Gemeinden und Kommunen sehr unterschiedlich gehandelt haben. Die einen haben gesagt: Ich mache schnell noch was fertig. Die anderen haben gesagt: Ich mache es mal fertig, rechne aber noch nicht ab. Der Dritte hat gesagt: Ich schiebe erst mal alles nach hinten.

Am erstaunlichsten finde ich ja, wie dieser Beirat, der die Mittel aus dem Härtefallfonds künftig verteilen soll, zusammengesetzt ist: Innen- und Wirtschaftsministerium berufen

Mitglieder, Finanz- und Sozialministerium nicht. Ich habe das im Haushaltsausschuss mal vorgeschlagen. Herr Füracker hat das weit von sich gewiesen. Er wollte damit auch nichts zu tun haben. Das wird noch ein Spaß. Man kann es auch anders sagen: Ich glaube, dass die Diskussion, die daraus entstehen wird, zu ziemlicher Politikverdrossenheit führen wird. Ich bin jedenfalls auch heilfroh, dass ich selbst nicht dabei sein muss.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Wir reden in ein, zwei Jahren darüber, was daraus geworden ist.

Zur Schuldenpolitik. Zu den Rücklagen wurde heute Morgen schon genug gesagt. Darauf will ich nicht noch mal eingehen. Das Thema Nachhaltigkeit scheint mir wirklich ein Problem zu sein, wie Frau Köhler das auch angesprochen hat. Es schaut so aus, als ob wir wieder genug Geld hätten. Aber was ist ein nachhaltiger Haushalt? – Wenn ich in dem Jahr nicht mehr ausbebe, als ich einnehme. Jetzt ist die Kalkulation ja so, dass ich wahrscheinlich doch was rausnehmen muss. Wenn es tatsächlich anders kommt, frage ich mich immer, warum ich einen Plan mache, wenn ich von vornherein weiß, dass ich doch nicht so viel ausgeben will.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Das kommt mir immer wieder so bekannt vor, natürlich auch von den Kommunen. Ich versuche, einen Plan zu machen, der möglichst nahe an der Wirklichkeit sein wird, und sage nicht: Ich reserviere mir mal Gelder, die ich wahrscheinlich eh nicht brauche.

Zum Thema Schuldentilgung: Wir haben immer noch das Ziel, bis 2030 unsere Schulden zu tilgen. Wenn wir so weitermachen, reicht es hinten und vorne nicht. Das haben wir schon oft genug gesagt. Ich kann nur immer wieder den Tilgungsplan zitieren, den ich auch gefordert hatte. Die Aussagen, die ich bekommen habe, waren wirklich klasse: "fast etwas unseriös" von der CSU. Die FREIEN WÄHLER haben gesagt: Kein Mensch kann sagen, wer 2030 regiert. Wir können da nicht vorgreifen.

Wie kann man Geld aufnehmen, ohne zu wissen, wie man es hinterher zurückzahlt? –
Als Banker kann ich das nach wie vor nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der FDP)

Vielleicht noch ein Satz zur SPD.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wir zahlen doch alle Schulden zurück, die wir aufnehmen!)

– Wir brauchen nur hochzurechnen: Wenn wir das zurückzahlen, was wir jetzt im Moment zurückzahlen, dann reicht das nie bis 2030. Das wissen Sie selbst auch.

Ein Satz an die SPD: Ich bekomme von meinem Nachbarn im Haushaltsausschuss immer zu hören, dass das mit der Schuldentilgung nicht ganz so wichtig wäre und man eher in Investitionen, in Ausgaben gehen müsste. Das kann man so denken. Ich sehe es anders. Aber dann würde ich sagen: Haben Sie den Mut, bringen Sie einen Antrag ein, dass wir die Schuldenrückzahlung bis 2030 aufheben. Die Diskussion will ich sehen, die wir dann haben. Aber zu sagen, ich habe zwar ein Ziel, eine gesetzliche Vorgabe, aber ich nehme sie nicht so ernst, weil mir andere Sachen wichtiger sind, das geht nicht.

(Beifall bei der FDP)

Vielleicht noch ein Wort zum Thema "Wachstum des Haushalts". Vom Ministerpräsidenten wurden früher einmal zugesagt, dass der Haushalt nicht mehr als 3 % wachsen soll. Tatsächlich haben wir ein Wachstum von über 6 %. Ich kann nur immer wieder sagen: Das ist kein Schönheitsproblem. Das bedeutet, das Haushaltswachstum ist höher als das Wirtschaftswachstum. Faktisch heißt das nichts anderes, als dass der Staatsanteil steigt. Sie nehmen den Leuten mehr weg. So muss man das volkswirtschaftlich interpretieren. Das finde ich überhaupt nicht in Ordnung. Die 3 % waren noch akzeptabel. Sie stellen sich jedoch hin und sagen: Wir haben einen besonderen

Rekordhaushalt. Dafür klopfen Sie sich selber auf die Schulter. Das ist für mich nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei der FDP)

Ich will jetzt jedoch keine Argumente wiederholen, die wir bereits in den Ausschüssen diskutiert haben. Ich habe ein halbes Jahr Haushaltsberatungen durchgemacht. Ich möchte jetzt ein paar ganz grundsätzliche Anmerkungen machen. Frau Köhler hat das bereits angedeutet. Die ganzen Verfahren zur Haushaltsberatung sind extrem ritualisiert, nicht formalisiert, sondern ritualisiert. Ich nenne Ihnen einfach einmal ein paar Beispiele. Der einmal von der Regierung vorgelegte Haushaltsentwurf wird praktisch nicht mehr verändert. Ich habe deshalb einen Kollegen aus der Regierungsfraktion angesprochen. Was habe ich als Antwort erhalten? – Er sagte: Wenn Ihnen wirklich etwas wichtig ist, müssen Sie uns fragen, bevor der Entwurf raus ist. Dann können wir vielleicht noch etwas machen. Ich frage Sie: Was soll dann das ganze Verfahren?

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und der SPD)

Ich nenne ein weiteres schönes Beispiel. Kam ein Antrag aus der Opposition, wurde er im Rahmen der Ausschlussdiskussion von der Koalitionsseite abgelehnt. Sie sagen: Unser Vorschlag ist besser. Auf die Nachfrage, ob Sie dies begründen könnten, erklären Sie: Nein, unser Vorschlag ist einfach besser. Mit diesen Worten ist der Oppositionsantrag abgelehnt worden – wörtlich.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Welcher Antrag?)

– Das geht quer durch alle Parteien. Das verteilt sich schön gleichmäßig weiter. Ehemalige Anträge der FREIEN WÄHLER werden von der SPD mit Genuss recycelt und in der Regel von den FREIEN WÄHLERN abgelehnt.

(Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Falscher Zeitpunkt!)

Anträge werden alle Jahre wieder gestellt, obwohl sie mit denselben Argumenten abgelehnt werden. Wir haben uns im Haushaltsausschuss immerhin darauf geeinigt, Anträge entweder wohlwollend abzulehnen oder ihnen widerwillig zuzustimmen. Das ist das Maximum, das wir hinbekommen haben. Anträge werden durchgezogen trotz fachlicher Fehler. Ich verweise auf das Beispiel von heute Morgen mit der Verzinsung des BayernLB-Darlehens. Die Konstruktion mit dem Fraktionstopf finde ich wirklich einmalig. Das muss man gelernt haben.

Meine Erfahrung in der kommunalen Arbeit war einfach eine andere. In einem Stadtrat hört man sich zu. Ich habe festgestellt, dass man dies in einem Kreistag schon weniger tut, aber man dennoch aufeinander eingeht. Ich habe hier gelernt, wie ich es machen soll, wenn ich etwas durchbringen will. Ich frage mich jedoch wirklich, ob wir uns damit einen Gefallen tun. Sollte das jemand draußen wirklich eins zu eins verfolgen, produzieren wir Politikverdrossenheit, über die wir uns immer wieder aufregen.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN, der AfD und der SPD)

Ich warte noch auf einen Satz.

(Zuruf des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

– Das war genau dieser Satz – sehr schön. Er lautet: Das ist halt so in der Opposition. Das zeigt, dass das Problem nicht verstanden worden ist.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN, der AfD und der SPD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Josef Zellmeier von der CSU das Wort.

Josef Zellmeier (CSU): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Äußerungen von Herrn Kollegen Dr. Kaltenhauser veranlassen mich zu einer kurzen Bemerkung, bevor ich zu meiner Rede komme. Als die FDP im Landtag Koalitionspartner und damit Teil der Staatsregierung war, lieber Herr Kollege Dr. Kaltenhauser, hat Ihre

Fraktion das noch etwas anders gesehen. Es ist doch erstaunlich, wie sich der Blickwinkel ändert, wenn man auf der anderen Seite des Tisches sitzt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zuerst mit einem Dank beginnen, wie es die Vorredner bereits gemacht haben. Der Doppelhaushalt 2019/2020 war ein hartes Stück Arbeit. Ich glaube, wir haben ihn noch nie in so kurzer Zeit verabschiedet. Herr Kollege Halbleib, du warst oft genug dabei. Der Haushaltsausschuss hat drei intensive Arbeitswochen lang getagt. Wir haben eine Infowoche geopfert und durchgetagt von morgens bis in den Abend. Wir haben das Haushaltsgesetz, das FAG und 16 Einzelpläne beraten. So viele waren es früher nicht. Das ist natürlich auch dem neuen Ministerium geschuldet. Wir haben das in kürzester Zeit geschafft. Das wurde von allen Fraktionen mitgetragen. Ich möchte ausdrücklich allen Danke sagen, die mitgemacht und sich der kurzen Beratungszeit unterworfen haben. Ich danke Ihnen, dass Sie sich in Ihren Wortmeldungen kurz und prägnant gefasst haben, wie das im Haushaltsausschuss üblich ist. Wir haben in der Summe – das darf ich sagen – bei sechs Fraktionen nicht länger gebraucht als vorher mit vier Fraktionen. Das ist erfreulich und zeigt, dass wir uns auf das Wesentliche konzentriert haben.

Deshalb danke ich insbesondere meiner Stellvertreterin Claudia Köhler und allen Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss. Ich danke natürlich auch den beiden Regierungsfractionen von CSU und FREIEN WÄHLERN. Stellvertretend danke ich Bernhard Pohl für die FREIEN WÄHLER und Hans Herold als meinem Vize im CSU-Arbeitskreis. Ein besonderer Dank gilt aber auch unserem bayerischen Finanzminister Albert Füracker und allen Kabinettsmitgliedern, die im Ausschuss präsent waren. Lieber Albert, auch dir danke ich herzlich für die hervorragende Vorarbeit für diesen gelungenen Haushalt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das gilt auch für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ausschussbüros, die Mitarbeiter meiner Fraktion, vor allem Herrn Dr. Raeder, für die Mitarbeiter der Ministerien, des Stenografischen Dienstes und die Offizianten sowie alle andern, die dazu beigetragen haben, dass das gelingen konnte.

Meine Damen und Herren, ich schließe aber auch den bayerischen Steuerzahler ein. Eigentlich ist es der bayerische Steuerzahler, der uns dieses finanzielle Fundament besorgt, auf dem eine solide Finanzpolitik aufsetzt; denn beides gehört zusammen, Einnahmen und Ausgaben müssen im Lot sein.

Ich möchte ein Zitat aufgreifen, das Herr Kollege Hartmann geliefert hat. Das war die Überschrift eines Artikels im "Münchner Merkur": Ein dicker Geldbeutel garantiert keine gute Politik. Ich möchte das einmal ins Gegenteil verkehren: Bei einem schmalen Geldbeutel war garantiert Rot-Grün am Werk. Das zeigen die Erfahrungen aus anderen Bundesländern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Das Geld muss man auch verdienen!)

– Ja, natürlich. Ich habe dem bayerischen Steuerzahler auch gedankt. Das Geld muss verdient werden. Die Rahmenbedingungen müssen jedoch richtig gesetzt werden. Außerdem muss die Ausgabenpolitik stimmen. Das bedeutet, in der Summe kommt vieles zusammen. Lieber Herr Kollege Müller, in der Vergangenheit stand Bayern nicht an erster Stelle. Ich zitiere gerne aus einem LfA-Bericht. Im Jahr 1957 hat die CSU die Regierung nach drei Jahren Intermezzo wieder übernommen. Von den 34 ärmsten Landkreisen Deutschlands lagen damals 32 in Bayern. Heute ist es umgekehrt. Heute liegen die reichsten Landkreise und Städte Deutschlands in Bayern.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Bayern ist Automobil- und Technologieland, und das macht ihr kaputt!)

Das ist deshalb der Fall, weil wir immer gute Politik gemacht haben und die Menschen fleißig waren.

Meine Damen und Herren, unser Ministerpräsident Markus Söder hat das so formuliert: Kein Dusel, sondern harte Arbeit ist der Grund dafür. Dazu gehört, dass wir keine neuen Schulden machen und alte Schulden abbauen. Das sind in diesem Doppelhaushalt 1 Milliarde Euro. Insgesamt haben wir seit dem Jahr 2012 6,6 Milliarden Euro an Schulden abgebaut. Das ist ein Fünftel der Altschulden. Das ist eine reife Leistung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zum 14. und 15. Mal in Folge kommt der allgemeine Haushalt ohne neue Schulden aus. Das war harte Arbeit, das haben wir hart erkämpft. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wurde im Jahr 2003 wie so viele in den Bayerischen Landtag gewählt. Damals war die Sanierung des Haushalts eine harte Zeit. Ich erinnere mich gut an jene Nachtsitzung im Jahr 2004. Ich glaube, dass es März war, als wir um circa 3:00 Uhr in der Früh die letzten namentlichen Abstimmungen unter wütenden Protesten der Opposition durchgeführt haben. Es war damals nur Rot-grün. Einige sind heute noch im Parlament, die damals protestiert haben und uns alles Mögliche geheißen haben, nur weil wir konsequent und hart gespart haben. Das hat uns nicht nur Lob eingebracht, aber es hat Früchte getragen. Die Erfolge, die wir heute haben, basieren auf dieser harten Arbeit und diesen harten Entscheidungen der Jahre 2004, 2005 fortfolgende. Hart erarbeitet, hart erkämpft. Das lassen wir uns von niemandem nehmen.

(Beifall bei der CSU)

Daher kommt auch die Zinsausgabenquote von unter 1 %, die Kollege Hans Herold bereits genannt hat. Die westlichen Flächenländer haben eine Quote von über 3 %. Auch in Niedrigzinszeiten ist das wichtig. Wir sparen uns in diesen Niedrigzinszeiten alleine 84 Millionen Euro jährlich durch die Tilgungen, die wir durchführen. Wir sorgen auch für ein solides Polster, das heißt, die Rücklagen schrumpfen nicht. Sie steigen

sogar. Das ist richtig und wichtig. Damit ist Bayern weiter Spitze bei den Staatsfinanzen in ganz Deutschland.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Aber nicht mehr lange! Das ist die warme Münchner Abendsonne! Die geht unter, eure Sonne!)

Wir halten auch die Vorgabe der Schuldenbremse locker ein, die im Grundgesetz und in der Bayerischen Verfassung steht. Wir haben die Schuldenbremse mit vorangetrieben.

Das war unser Werk, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir waren immer dafür, klare Leitplanken zu setzen und Kosten nicht auf die nächste Generation zu verschieben. Wenn heutzutage einige Forschungsinstitute, die politische Linke sowie Organisationen und Verbände sagen, die Schuldenbremse sei falsch, dann frage ich: Wann kann sie denn am besten wirken, wenn nicht jetzt, wo wir die besten Zeiten und die höchsten Einnahmen gehabt haben? Wir müssen nachhaltig und generationengerecht arbeiten. Das tun wir auch. Kein Konsum auf Pump und keine Stellen auf Vorrat, wie es die Opposition gerne fordert.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, vorher wurde das Thema Ideenklau angesprochen. Es war die Kollegin Köhler. Wenn man die Anträge der Opposition sortiert, dann kommt man auf drei Kategorien. Ein Teil der Anträge ist unsinnig oder überflüssig. Ein weiterer Teil ist gut gemeint, aber nicht gut gemacht. Dann bleibt ein Teil über, der nicht schlecht ist – das gebe ich zu – und auch uns gefallen würde, den wir aber aus der Gesamtverantwortung für den Haushalt heraus jetzt nicht finanzieren können. Das haben wir auch in den Ausschussberatungen gesagt, wenn wir "eine wohlwollende Ablehnung" vorgenommen haben. Dann hat das geheißen, wir finden die Idee nicht schlecht, können sie aber jetzt nicht bezahlen. Wir müssen aus Gründen der Nachhaltigkeit aus der Gesamtsicht heraus sagen, es geht jetzt nicht, aber es geht vielleicht später. – Dann ist das kein Ideenklau. Dann sind das Dinge, die in unseren Reihen bei CSU und FREIEN WÄHLERN auch schon länger diskutiert wer-

den, die man sich aber verkneift, weil man in der Verantwortung steht. In der Opposition kann man immer leicht reden. Man muss es ja nicht umsetzen und kommt nicht in die Gefahr, weil man keine Mehrheit dafür hat.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das gilt auch für das Thema "Schaffung von Stellen". Wir tun das dort, wo die höchste Wirkung erzielt wird. Da gehört natürlich die Bildung dazu, da gehört die innere Sicherheit dazu, aber auch einige andere Dinge.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Ich kann es mir nicht anhören!)

Aber wir wollen den Haushalt nicht mit dauernden Lasten überfrachten. Deshalb ist in diesem Bereich durchaus Vorsicht geboten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeiten könnten jetzt schlechter werden. Die Prognosen sind nicht mehr so, wie sie waren.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Hört, hört!)

Die Steuerschätzung ist zwar für Bayern erfreulicherweise immer noch positiv, aber nur noch leicht positiv, während der Bund und andere Länder bereits negative Zahlen haben. Übrigens ist auch das ein Erfolg unserer Politik, dass wir immer noch gute Zahlen haben.

(Tobias Reiß (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Sonderkonjunktur Bayern!)

Aber wir müssen zur Vorsicht raten und teure Vorhaben in Zukunft genau prüfen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Konjunkturverlauf, Handelskonflikte, Brexit etc. – all das müssen wir berücksichtigen. Das gilt auch für das Thema "Wie entwickelt sich die Automobilindustrie?". Wir sind ein exportorientierter Standort. Wir leben auch davon, dass wir gerade im Automobilbereich, bei den Zulieferern und was drumherum ist, so stark sind. Deshalb, liebe Kol-

leginnen und Kollegen vor allem auf der linken Seite dieses Hauses: Denken Sie daran, was Sie auch der bayerischen Wirtschaft antun, wenn Sie den Verbrennungsmotor oder den Diesel verteufeln. Denn das macht uns Probleme. Da sollten Sie mit mehr Vorsicht an die Dinge herangehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sehr richtig!)

Wir müssen mehr investieren und weniger transferieren, das heißt, investieren in Bildung, in die digitale Arbeitswelt und in Forschung und Entwicklung. Das tun wir. Wir haben mit 13,7 % die höchste Investitionsquote der westdeutschen Flächenländer, wie Kollege Herold schon ausgeführt hat, und verdienen damit die Goldmedaille in diesem Bereich.

Auch die bayerischen Kommunen sind deutsche Meister im Investieren. Das ist auch etwas Besonderes. Vorhin wurde das Thema FAG angesprochen. Kollege Herold hat es richtig gesagt; aber dann kam die Kritik aus der Opposition. Natürlich könnte es immer noch mehr sein; aber so gut wie in Bayern geht es den Kommunen in keinem anderen Bundesland, weil wir für eine gute Wirtschaftslage sorgen, was die Einnahmen aus der Gewerbesteuer und der Einkommensteuer antreibt, und weil wir die Kommunen über das FAG hervorragend finanziell unterstützen. Das sei an dieser Stelle mal gesagt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir können es uns auch nicht leisten, liebe Kolleginnen und Kollegen, so wie manche in anderen Parteien fantasieren, Wohlstandsverzicht zu üben. Wir sind eine alternde Gesellschaft. Das ist bekannt. Genau in einer alternden Gesellschaft brauchen wir ein hohes finanzielles Niveau, um all das finanzieren zu können, was uns die Zukunft bringt. Damit müssen wir dafür sorgen, dass der Anteil der arbeitenden Bevölkerung hoch gehalten wird und die Produktivität gesteigert, nicht gesenkt wird. Wir investieren jetzt in Bildung und die Familie, in die Schulen und die Fachkräfteausbildung. Die

Fachkräfteausbildung ist neben der akademischen und der gymnasialen Bildung ganz wichtig, und natürlich, wie gesagt, die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das bedeutet, dass wir bei all den Dingen, die genannt worden sind, aber auch im Sinne der gemeinsamen Koalition dafür sorgen, dass Probleme gelöst werden. Kollege Pohl hat das Thema Strabs und Strebs angesprochen. Ich will es nicht vertiefen. Das war in erster Linie euer Thema, wenn wir es auch – ich sage es jetzt aus meiner Sicht – sogar dankend aufgenommen haben, weil ich dazu immer schon eine eigene Meinung vertreten habe und das Problem schon lange kommen sah. Ihr habt es dann wahlkampftechnisch gut umgesetzt. Das muss man euch lassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Tobias Reiß (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Aber nur wahlkampftechnisch! – Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN)

Dieses Thema wird mit hohen Zahlungen vergütet. Die Kommunen bekommen mehr, als sie in dem Bereich nach eigenen Angaben überhaupt eingenommen haben. Das heißt, hier tun wir viel Gutes. Das gilt im Übrigen auch für die Bäder. Da muss ich den Kollegen Pohl jetzt ein bisschen bremsen. Er hat gesagt, das käme von den FREIEN WÄHLERN. Ich kann bestätigen, dass ich schon als Staatssekretär im Bauministerium an der Richtlinie für die Bäderförderung gearbeitet habe. Das kam schon auch aus den CSU-Reihen. Das Geld war vorgesehen.

(Harald Güller (SPD): Zu der Zeit, wo Sie unsere Anträge parallel dazu abgelehnt haben! Wohlwollende Ablehnung! – Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Das war die dritte Kategorie von Anträgen!)

– Kollege Güller, ich habe das vorher schon erwähnt. Dafür haben wir die richtige Zeit abgewartet. Denn das, was die Opposition beantragt, ist in der Summe sehr viel, gerade bei der SPD, und die Gegenfinanzierungen sind so pauschal wie nur denkbar. Wenn wir das alles machen würden, dann würde uns das Geld hinten und vorne nicht

reichen. Deshalb haben wir es zur rechten Zeit gemacht, und die war eben jetzt. Da sind die Mittel in den Haushalt eingestellt, und zwar nicht nur für ein Jahr, liebe Kollegin Köhler, sondern auch insgesamt für die Zukunft.

Ich darf vielleicht noch ein paar Themen ansprechen, die die Vorredner genannt haben, zum Beispiel das Thema Kitas. Beim "Gute-KiTa-Gesetz" wurde von der Kollegin Köhler tatsächlich behauptet, das Geld würde von der Regierungskoalition missbraucht, weil man damit nicht nur Qualität, sondern auch Entlastung schafft. Liebe Kollegin Köhler, wer lesen kann, ist klar im Vorteil. Das Gesetz auf Bundesebene sieht die Entlastung vor und regelt die Entlastung. Qualität und Entlastung sind beides Dinge, die in Berlin beschlossen worden sind, und genau daran halten wir uns. Wenn es Meister im Missbrauch von Bundesmitteln, die zweckentfremdet werden und nicht da eingesetzt werden, wo sie hinsollen, gibt, dann ist das in rot-grün regierten Ländern der Fall, wo man Bundesmittel für ganz andere Dinge hernimmt und nicht weitergibt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich denke da nur an das Thema Asylkosten, wo der Bund auf unsere Forderungen hin erfreulicherweise eingestiegen ist und das jetzt fortführt, obwohl die Mittel nach dem Willen der SPD gekürzt werden sollten. Das ist in anderen Bundesländern der Fall gewesen, wo man diese Mittel, die für die Kommunen gedacht waren, nicht oder nur zu einem Bruchteil weitergegeben hat. Das war in Bayern nie der Fall.

Im Übrigen darf ich noch an eines erinnern: Liebe Kolleginnen und Kollegen vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wenn Sie mal Ihr Wahlprogramm zur Hand nehmen, Seite 36 ungefähr in der Mitte, dann finden Sie dort Gebührenfreiheit als Ziel des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN.

(Widerspruch bei den GRÜNEN – Johannes Becher (GRÜNE): Langfristig! – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wir sind halt schneller!)

Kennen Sie Ihr Wahlprogramm? – Für das erste Jahr sofort, für das andere später. Das heißt, das Thema Gebührenfreiheit ist auch bei Ihnen verankert. Sie haben eine andere Zeitschiene, das muss man zugeben. Aber auch bei Ihnen wäre zumindest ein Jahr vorgesehen gewesen. Ich bin erfreut, dass zumindest einige das eigene Wahlprogramm kennen. Wir haben Ihnen geholfen, es schnellstmöglich umzusetzen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Volkmar Halbleib (SPD): (Beitrag nicht autorisiert) Das CSU-Wahlprogramm ist auch bekannt!)

Die Tafeln wurden angesprochen. Wir unterstützen die Tafeln, und wir haben die Beiträge dafür auch erhöht, weil wir sie für wichtig halten. Aber auch hierzu sei gesagt, Probleme mit den Tafeln, eine Überlastung der Ehrenamtlichen haben wir alles erlebt, aber das war in anderen Bundesländern, das war nicht in Bayern. Diese Überlastungen gab es bei uns so nicht, weil die soziale Lage insgesamt, weil die wirtschaftliche Lage in Bayern besser ist und der Freistaat den Menschen in Not besser zur Seite steht.

Im Übrigen sei noch eines erwähnt, und zwar vor allem im Hinblick auf die linke Seite dieses Hauses. Wir haben 3,5 Milliarden Euro für Asylkosten im Doppelhaushalt eingestellt. Das ist nahezu identisch mit der Rücklagenentnahme, die wir haben. Das sei insbesondere denen gesagt, die sich auf Bundesebene gegen die Ausweitung der Zahl der sicheren Drittstaaten wenden. Liebe Kolleginnen und Kollegen vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das seid ihr. Ihr verursacht diese Kosten mit, über deren Finanzierung aus der Rücklage ihr euch beklagt, indem ihr euch weigert, Nordafrika, die Maghreb-Staaten und Georgien als sichere Drittstaaten anzuerkennen. Auch das muss an dieser Stelle einmal gesagt werden.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

Man muss für alles Verantwortung übernehmen, was man tut, und darf nicht nur den bayerischen Blick haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will noch auf die Anträge, die wir als Regierungskoalition bzw. wir, die CSU, eingebracht haben, eingehen. Herr Kollege Dr. Kaltenhauser hat gesagt, der Haushalt sei mehr oder weniger festgezimmert. So stimmt das nicht. Wir haben eine ganze Menge Änderungsanträge eingebracht. Wir können, und das müssen Sie auch verstehen, den Änderungsanträgen der Opposition nicht zustimmen, weil das die Finanzierung unserer Änderungsanträge über den Haufen werfen würde. Das ist übrigens in allen Bundesländern der Fall, nicht nur in Bayern. Das sei an der Stelle gesagt. In einigen wenigen Fällen haben wir durchaus Oppositionsanträge aufgenommen. Das zeigt, dass wir gesprächsbereit sind. Im Übrigen war das Klima im Haushaltsausschuss sehr gut. Das möchte ich an dieser Stelle sagen. Ich bin auch dankbar dafür.

Wir haben zusätzlich Mittel für den Arten- und den Naturschutz eingesetzt, für die Landwirtschaft, wo wir schon immer sehr gut sind, besser als die anderen Bundesländer, vor allem wenn es darum geht, Landwirtschaft und Umweltschutz zu verbinden.

Darüber hinaus haben wir aber auch Akzente bei der Krebsforschung gesetzt. Das Bayerische Krebsforschungszentrum ist ein Großprojekt, das wir als Regierungsfractionen mit 500.000 Euro anstoßen. Da nehmen wir im Übrigen etwas auf, was unser CSU-Spitzenkandidat für den Posten des EU-Kommissionspräsidenten Manfred Weber vorantreibt, nämlich eine europaweite Vernetzung der Krebsforschung. Das ist ein wichtiges Thema, das wir finanziell ausstatten.

Ich darf auch etwas nennen, was mir im Haushalt etwas zu kurz gekommen ist, was ich aber für wichtig halte, denn es zeigt die Priorität für den ländlichen Raum. Manche werden sagen: Ist die Digitalisierung in den Kinos wirklich so wichtig? – Es sei nur als ein Beispiel von vielen genannt. In Bayern haben wir 170 Kinostandorte, so viele und so flächendeckend wie nirgends in Deutschland. Sie sind in kleineren Städten, so wie es das sonst nirgends mehr gibt in Deutschland. In der Vergangenheit gab es das, aber jetzt nicht mehr. Dort haben wir mit der Digitalisierung eine Aufgabe. Es geht darum, die Kinotechnik zu verbessern. Dafür gibt es übrigens auch eine Förderung

des Bundes, die wir natürlich auch aufnehmen und ergänzen. Wir versuchen, gemeinsam die Kinostandorte im ländlichen Raum zu ertüchtigen und zu stärken, sie zu modernisieren. Also es geht nicht nur darum, die Digitalisierung an den Schulen voranzutreiben – das wurde im Rahmen der Einzelberatung schon besprochen –, sondern es geht auch um die Digitalisierung in der Fläche, bei den Kinostandorten. Die Kinos sind Kristallisationszentren des Lebens in den Städten, vor allem im ländlichen Raum, in den Kreisstädten. Dort sind sie ganz wichtig. Deshalb ist die Förderung zielführend. Ich denke, das werden wir in Zukunft weiter vorantreiben müssen. Hier haben wir eine wichtige Aufgabe über mehrere Jahre.

Oder nehmen wir die Technologietransferzentren, die landläufig mit dem Stichwort Technologiecampus bezeichnet werden. Da haben wir gemeinsam mit den Kollegen von den FREIEN WÄHLERN eine ganze Menge angestoßen, beispielsweise in Kaufbeuren, Sonthofen, Donauwörth, Nördlingen, Neustadt und Memmingen, um nur einige zu nennen. Auch dort sorgen wir dafür, dass sich Wissenschaft und Forschung mit der Wirtschaft im ländlichen Raum vernetzen. Das tun wir in einer Art und Weise, wie das sonst nirgends in Deutschland der Fall ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben mit unseren Änderungsanträgen viel bewegt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben viel von dem ergänzt, was die Staatsregierung, lieber Kollege Albert Füracker, so hervorragend vorgelegt hat. Wir haben vieles ergänzt, vieles noch eingebracht, Ideen aus beiden Fraktionen. Wir sorgen dafür, dass alles gut finanziert ist, dass die Rücklagen wachsen, dass keine Schulden gemacht und Altschulden abgebaut werden. Diesen Weg müssen wir im Übrigen auch fortsetzen: Familie, Bildung, Innovation, Digitalisierung, innere Sicherheit und vieles mehr. Eine leistungsfähige Verwaltung gehört mit dazu. Wenn ich das negativ gemeinte Zitat von Herrn Kollegen Hartmann vom Anfang dieser Debatte noch mal aufgreifen darf: Gleichzeitig bleibt unser Geldbeutel weiter dick – muss es heißen –, und zwar durch eine gelungene,

verantwortungsvolle, christlich-soziale und FREIE-WÄHLER-Politik. – Ich danke und bitte um Zustimmung.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, bleiben Sie bitte. – Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Kollegen Franz Bergmüller das Wort.

Franz Bergmüller (AfD): Lieber Herr Kollege Josef Zellmeier, ich zitiere wörtlich, was Sie in Ihrer Rede erwähnt haben. Das waren zwei Punkte. Sie sagten, einigen Anträgen der Opposition wurde zugestimmt. Sie sprachen davon, "zur richtigen Zeit" einen "konstruktiven Antrag" zu stellen. – Das haben Sie vorhin gerade wortwörtlich gesagt. Jetzt knüpfe ich an Herrn Kaltenhauser an. Nachdem Sie ein alter Hase sind und ich auch das Empfinden habe wie Herr Kaltenhauser, vielleicht können Sie mir dazu etwas sagen. Klar, das ist ein Landesparlament, und da geht es viel politischer zu als in den Kommunalparlamenten. Es würde mich aber schon interessieren, ob Sie uns genau sagen können, wo das gewesen sein soll. Bei diesem Haushalt habe ich nämlich nicht das Gefühl – und ich glaube, da werden mir alle Oppositionspolitiker beipflichten –, dass für Sie auch nur ein einziger Antrag "konstruktiv" war oder "zur richtigen Zeit gestellt" wurde, sodass ihm zugestimmt worden wäre. Es würde mich interessieren, ob das vielleicht bei den Haushaltsberatungen in der letzten Legislaturperiode der Fall war. Vielleicht können Sie uns aufklären.

Übrigens darf ich noch eines zum Besten geben – –

Präsidentin Ilse Aigner: Nein, Herr Kollege Bergmüller, die eine Minute ist vorbei.

Franz Bergmüller (AfD): Passt.

Josef Zellmeier (CSU): Also, wir haben zwei oder drei SPD-Anträgen zugestimmt. Nicht wahr, Herr Kollege Güller? – Das waren keine riesigen Beträge, das gebe ich zu.

(Harald Güller (SPD): So ist es! – Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Für die Gesamtatmosphäre ist es aber schon wichtig, das festzuhalten. Ich habe vorhin schon gesagt, es gibt drei Kategorien von Anträgen: Die unsinnigen und überflüssigen, die Anträge, die gut gemeint sind, aber nicht gut gemacht und schließlich die Anträge, die durchaus einen guten Gehalt haben, momentan aber nicht finanzierbar sind. – Hier haben wir ein Zeichen gegeben, in dem Fall an die SPD-Fraktion. Wir haben gesagt: Die Ideen sind gut, aber das Geld dafür ist momentan nicht da.

Herr Kollege Bergmüller, wir haben doch kein Brett vor dem Hirn. Wir wissen, dass ihr gelegentlich auch gute Gedanken habt. Wir haben zwar mehr gute Gedanken, darum regieren wir, aber auch andere haben gute Gedanken. Wenn es an der Zeit ist, dann nehmen wir sie auf. Aber nur, wenn es an der Zeit ist.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Redner hat Herr Kollege Johannes Becher vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Zellmeier, allzu viele gute Gedanken von der Fraktion rechts außen habe ich in diesem Bayerischen Landtag bislang nicht erkennen können. Das möchte ich an dieser Stelle schon einmal sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der AfD: Oh, oh!)

Zum anderen finde ich es sehr positiv, dass Sie unser Wahlprogramm lesen. Auf Seite 2 Ihres Wahlprogramms steht: Die CSU setzt sich ein für eine Qualitätsoffensive in den Kindertageseinrichtungen. – Wenn 30 Millionen Euro für Qualität ausgegeben werden und 350 Millionen Euro für die Gebührenfreiheit, dann wünsche ich mir fast, dass diese Forderung aus dem CSU-Wahlprogramm doch noch eines Tages Realität wird. Ich möchte Sie ermutigen, dann wenigstens im nächsten Doppelhaushalt so an der Qualität zu arbeiten, wie Sie es versprochen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt noch ein paar Worte über das Thema kommunaler Finanzausgleich verlieren. Die Mittel steigen um 4,6 % an. Das ist positiv und richtig, es ist aber auch notwendig, weil unsere Kommunen viele Pflichtaufgaben, viele Leistungen erbringen, die für die Lebensqualität der Menschen in Bayern zwingend erforderlich sind. Deswegen sage ich ganz klar: Bei den Kommunen ist das Geld richtig angelegt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Keine Einigung haben Sie erzielt – es würde mich wundern, wenn es anders gewesen wäre – bei den pauschalen Kompensationen für die Straßenausbaubeiträge. Deren Abschaffung war dem Wahlkampf geschuldet. Das ist vorhin schon angesprochen worden. Es sind neue Probleme geschaffen worden; davon zeugen auch die zahlreichen Petitionen, die wir gerade im Innenausschuss dazu haben. Ich möchte nur das Thema ansprechen: Bescheid ist Bescheid: Wenn also Vorausleistungsbescheide zu erlassen waren, Herr Kollege Pohl, dann deshalb, weil die Gemeinden dazu verpflichtet waren, aufgrund der finanziellen Situation Vorausleistungsbescheide zu machen mit Abschlagszahlungen.

Da müssen dann im Jahre 2018 und sogar noch im Jahre 2019 Straßenausbaubeiträge gezahlt werden, obwohl sie von Ihnen offiziell eigentlich schon abgeschafft worden sein sollten.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

– Schauen Sie sich die Petitionen im Innenausschuss einmal an. Da waren Sie doch einmal Mitglied. Es wäre nicht schlecht, sich damit noch einmal zu beschäftigen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Insgesamt reichen die Mittel nicht aus, um den Bedarf zu decken. Sie berechnen das immer aus der Vergangenheit heraus.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Ja, ich habe es vernommen, dass Sie das aus der Vergangenheit heraus berechnen, aber das sagt noch nichts aus über den tatsächlichen Bedarf in der Zukunft.

Wir haben bei den Straßen in unseren Kommunen durchaus einen Sanierungsstau. Und es war in der Vergangenheit schon für jeden einzelnen Stadtrat immer eine unpopuläre Entscheidung, Straßenausbaubeiträge erheben zu müssen. Da muss man sich die Diskussionen in der Praxis halt einmal anschauen. Da kommt dann die Bürgerin, und es kommt der Bürger und sagt, meine Straße bitte nicht ausbauen. Man könnte doch lediglich ausbessern.

Heute aber werden die Diskussionen andersherum geführt. Heute sagt man, meine Straße gehört schön längst ausgebaut und der Gehweg gehört darüber hinaus auch ausgebessert. Andere Straßen haben den Gehweg durchaus bekommen. Die Leute haben ihn zwar selbst gezahlt, aber das wird gerne vergessen. Ich meine also, dass da etliche Forderungen auf die Kommunen zukommen. Das möchte ich der Ehrlichkeit halber hinzufügen.

Man kann sich natürlich rühmen, die Beitragszahler entlastet zu haben. In Wirklichkeit aber haben wir die Kommunen *belastet*.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer A sagt wie Abschaffen, muss auch B sagen wie Bezahlen. Das gilt nicht nur für die Strabs, sondern gilt bei den Strebs-Altfällen in gleicher Weise. Sie haben das freie Ermessen ja schon angesprochen. Aber dieses freie Ermessen ist wirklich ein vergiftetes Geschenk, weil es ein Jahr vor der Kommunalwahl gemacht worden ist. Da wird es in der Praxis kaum durchzusetzen sein, in der Stadtratssitzung, in der zahlreiche Bürger zuhören, zu sagen, wir verzichten auf die Reduktion.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das ist gut so! Oder wollen Sie das kassieren?)

Natürlich werden das die Kommunen machen müssen. Dieses freie Ermessen, das Sie hier durchsetzen möchten oder auch durchsetzen werden, ist der Grund dafür, dass die Kommunen keinen Anspruch auf Entschädigung haben und den Schwarzen Peter haben, wenn Sie dann doch die Beiträge erheben.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wollen Sie das alles kassieren?)

Das ist ungerecht gegenüber den Kommunen. Sie tun jetzt so, als wären Sie eine kommunalfreundliche Partei. Ich kann das nicht erkennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer A sagt wie Abschaffen, muss auch B sagen wie Bezahlen. Die Kommunen hätten einen anderen Umgang verdient.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Zwischenfrage hat der Kollege Dr. Fabian Mehring das Wort.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Lieber Kollege Becher, Sie sagten eben, die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge sei so etwas wie – despektierlich formuliert – ein Wahlgeschenk der FREIEN WÄHLER. Ich möchte Sie daran erinnern, dass die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge auf ein Volksbegehren mit mehr als 400.000 Unterschriften zurückzuführen ist. Ich frage Sie nun: Sind Sie dafür, dass der Bayerische Landtag den Souverän, das Volk, in seinem Abstimmungsverhalten, wenn es in die Rathäuser geht, ernst nimmt, oder wollen Sie die Menschen in Bayern nur ernst nehmen, wenn es um Themen geht, die den GRÜNEN in den Kram passen?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Becher.

Johannes Becher (GRÜNE): Im Jahre 2016 hat das Hohe Haus – da war ich noch nicht Mitglied – einstimmig entschieden, nach zwei Jahren das Thema Straßenausbaubeiträge noch einmal anzusehen. Sie sind dann aus wahlkampftechnischen Gründen vorgeprescht.

(Zurufe)

Sie können das abstreiten, solange Sie wollen. Das wissen alle hier im Hohen Haus.

Die CSU, die FREIEN WÄHLER und die SPD haben im Jahre 2018 die Straßenausbaubeiträge abgeschafft. Die GRÜNEN haben dagegen gestimmt. Dass man ein jahrzehntelang eingeführtes Beitragsrecht einfach so schnell vom Tisch wischt, weil es opportun erscheint – –

(Zurufe von der CSU)

Liebe Kollegen, ich habe Ihnen zugehört. Sie dürfen mir auch zuhören. Ich würde mich freuen. – Bevor man so etwas einfach abschafft, sollte man sich Gedanken darüber machen, was das in der Praxis bedeutet, wer letztendlich zahlt und wie hoch der Bedarf ist. Das haben Sie alles nicht gemacht.

(Zurufe von der CSU: Woher wollen Sie das wissen, Sie waren doch noch gar nicht da!)

Das haben Sie nicht nötig gehabt, weil Sie sich gesagt haben: Wir wollen gewählt werden. Das war der einzige Grund, und jetzt haben wir den Salat.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Redner hat der Kollege Martin Böhm von der AfD das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ordentliches Haushalten bedeutet, bei allen Entscheidungen das Ende zu bedenken. Eine solche weitsichtige Denkweise fehlt dem vorliegenden Gesamthaushalt insbesondere in der Personalplanung.

Kein guter Kaufmann würde seinen Kindern Lasten durch unumkehrbare Verpflichtungen aufbürden, und kein guter Politiker nutzt fette Jahre, um Geld zu verschwenden. Die Damen und Herren der Staatsregierung sind in diesem Sinne beides, nämlich schlechte Kaufleute und schlechte Politiker.

(Zurufe von der AfD: Bravo! – Beifall bei der AfD)

In Einzelplänen verteilen wir die heute von den Bürgern hart erarbeiteten Steuern, aber deren Kinder knebeln Sie mit erst übermorgen zu erfüllenden Verpflichtungen. Das nennt sich auch Ausweitung der implizierten Staatsverschuldung, liebe Regierung. Der Krug geht so lange zum Brunnen, bis er bricht. Diese Brüche werden wir in Form enormer Zahlungsverpflichtungen zu Zeiten drastisch sinkender Staatseinnahmen erleben.

Spare in der Zeit, dann hast du in der Not. Das ist für Sie so etwas von vorgestern. Dabei bestätigt Ihnen jeder Ökonom, dass die Heftigkeit der Oszillation, also der Ausschläge, eines Konjunkturzyklusses nur durch massive Investitionen in der Abschwungphase zu dämpfen ist, und zwar vorzugsweise durch Infrastrukturinvestitionen. Die Mittel dazu sollten aus in fetten Zeiten gebildeten Rücklagen stammen.

(Zurufe von der AfD: Bravo!)

Ich denke da zum Beispiel an die etwa drei Milliarden Euro Rücklagen, die im vorliegenden Doppelhaushalt aufzulösen Sie sich gerade erdreisten. Das ist die wahre Diktion Ihres Handelns.

(Zurufe von der AfD: Bravo! – Beifall bei der AfD)

Gestern verkündete der Herr Ministerpräsident urplötzlich und mit blumigen Worten die 4,2 Milliarden hohe Zuführung an die Rücklagen. Das war nicht seine Fortune, sondern es waren die Leistungen fleißiger Bürgerinnen und Bürger unseres Freistaates.

(Beifall bei der AfD)

Zurzeit ist Geld billig, lieber Kollege Pohl. Aber die makroökonomischen Risiken sind sehr vielschichtig, und jede Zinserhöhung wird die Risikotragfähigkeit künftiger Haushalte schwer drücken. Noch schwerer wird die Prüfung durch die implizierte Verschuldung sein. Beispielhaft sind hier die künftigen Verpflichtungen aus den Beamtenpensionen zu nennen. Das ist nun ausdrücklich keine Kritik an den tüchtigen Damen und Herren in den Ministerien. Der Vergleich mag hinken; aber in der Wirtschaft sind für zugesagte Pensionen Rückstellungen in der Bilanz zu bilden. Auch ein Staat sollte Rücklagen sammeln, um künftige Ansprüche aus den Pensionen bedienen zu können.

Ganz platt gesagt: Das Rücklagenkapital X muss genügen, um die Pension Y bis zum Tag Z, dem Tag, an dem die statistische Lebenswahrscheinlichkeit des Pensionärs endet, zu zahlen. Ein Beispiel: Eine 67-jährige Ministerialrätin geht mit B 4 in Ruhestand und verstirbt mit – sagen wir – 88. Die Pension aus B 4 sind 5.750 Euro mal 240 Monate Pensionsleistung, und das alles verzinsen wir mit nach heutigem Maßstab unglaublichen 2,5 % Zins; durch die Sparkassenformel gejagt, und siehe: Es bedarf zum Pensionsbeginn der Dame circa 870.000 Euro Kapital als Rücklage.

Jetzt werden mir manche von Ihnen irgendetwas von einer ungefähren Rechnung oder von Alimentationsprinzipien erzählen wollen. Fakt ist eines: Das Geld muss irgendwann da sein. Fasst man die Personalentwicklungspläne der Einzelhaushalte zusammen, zeigt sich ganz vereinfacht dargestellt, dass die Zahl aller in der Vergütungskategorie A bezahlten Beamten um 1,5 % steigt, die Anzahl der in W 3 und ab B 2 sowie in R 3 Vergüteten aber um fast 20 %. Das sind relative Zahlen; in absoluten Zahlen wären das 153 Spitzenverdiener mehr. Wenn wir oben genannte Werte zu-

grunde legen, sprechen wir von einem Mehrbedarf von circa 130 Millionen Euro an Pensionsrücklagen für die in nur einem einzigen Haushalt zusätzlich eingegangenen Verpflichtungen hinsichtlich der Spitzenbeamten.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Jetzt vergeht Ihnen das Lachen!)

Es ist sehr interessant und schade, dass der Herr Minister Herrmann nicht mehr da ist; denn angeführt wird die Rennliste der personalpolitischen Unwucht vom Ministerium des Innern, für Sport und Integration. Dort wachsen die Stellen für Spitzenbeamte um 24,5 % auf, während das Fußvolk um magere 0,24 % verstärkt wird.

Drei Dinge sind wichtig, damit aus Vetternwirtschaft vernunftgelenkte Personalpolitik wird: Verwaltungshierarchien straffen, Entscheidungskompetenzen auf untere Verwaltungsebenen verlagern und Verantwortungsbereiche im mittleren und gehobenen Dienst durch geeignete Dienstanweisungen ausbauen. Nehmen Sie Ihre Pflicht zum sparsamen Haushalten endlich ernst und konzentrieren Sie sich bitte auf die Dinge, die den Bürgern wirklich nutzen. Genügen Sie der Zukunft unserer Kinder und treten Sie nicht erst 2020 auf die Schuldenbremse, sondern schon heute.

(Beifall bei der AfD – Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Bravo! Eine sehr gute Rede!)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Harald Güller von der SPD.

Harald Güller (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, Ministerinnen und Minister! Zunächst darf ich mich für meine Fraktionen ganz herzlich den Dankesworten der Vorredner an das Team von Frau Wichtermann-Robl, an den Stenografischen Dienst, an das gesamte Landtagsamt, aber auch an die Ministerien und die Fraktionsmitarbeiter anschließen; denn ohne sie wäre diese Beratung so schnell und in dieser Qualität nicht möglich gewesen. Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Am Schluss dieses dreitägigen Marathons – ich glaube, in der 33. Stunde der Beratung – ist es Zeit, eine kleine Bilanz zu ziehen. Entgegen dem Eindruck, den Sie von CSU und FREIEN WÄHLERN immer zu vermitteln versuchen, sagen wir, hier liegt natürlich ein stattlicher Haushalt vor – 125 Milliarden Euro –, allein schon von der Größe her. Natürlich ist in diesem Haushalt nicht alles falsch, weil es schon in den letzten Jahren "wohlwollende" Ablehnungen von Anträgen der SPD gegeben hat, zum Beispiel zu Anträgen des Kollegen Adelt zur Förderung von Schwimmhallen. Diese Anträge wurden zunächst abgelehnt, jetzt haben Sie das Anliegen drin. Natürlich ist da in einigen Positionen ein Stück weit unser Herzblut enthalten. Das erkennen wir an.

Kollege Hans Herold, es ist richtig, dass die Vertreter der demokratischen Fraktionen in diesem Haus bei Spatenstichen und Projekteinweihungen natürlich Seite an Seite stehen. Da wird nämlich nicht euer Geld ausgegeben, sondern das Geld der bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, das von der bayerischen Verwaltung eingesetzt wird.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das Hohe Haus tut dies in seiner Gesamtheit.

Mit Verlaub: Wenn wir an der einen oder anderen Stelle sagen, da kann man besser sein, da kann man andere Schwerpunkte setzen, was wir mit 140 Anträgen der SPD-Fraktion auch bewiesen haben, die übrigens alle gegenfinanziert sind – das kann man in den Drucksachen nachlesen –, dann ist es auch unser Recht, zu sagen, dass es nicht unser Haushalt ist, solange Sie diese Schwerpunkte für die nächsten Jahre nur "wohlwollend" in Erwägung ziehen. Wir würden uns einen schnelleren Gang nach vorne wünschen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Was kann dieser Haushalt? – Dieser Haushalt kann sehr wohl ein Landespflegegeld leisten, das ein Stück weit ein Dank und ein Zeichen des Respekts gegenüber Menschen ist, übrigens des Respekts, wie er auch durch eine Grundsicherung auf Bundesebene ausgedrückt würde, und zwar ohne Bedürftigkeitsprüfung, wie ich heute mehrfach unter Beifall der CSU gelernt habe. Machen wir das in Berlin doch auch!

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in diesen Haushaltsberatungen viele Gemeinsamkeiten mit den GRÜNEN gehabt und haben Anträge in ähnliche Richtungen gestellt. An einer Stelle haben wir das aber ganz klar nicht getan: bei den Kitagebühren. Der Kollege von den GRÜNEN hat gestern gesagt:

Haben wir in diesem Land wirklich das Problem, dass die Kindergartenbeiträge landauf, landab völlig aus dem Ruder gelaufen und absolut unbezahlbar sind? – Ich glaube das, ganz ehrlich, nicht.

Er hat damit begründet, dass dieses Geld nicht notwendig sei. Wir als Sozialdemokraten haben dazu eine andere Auffassung.

(Beifall bei der SPD)

Nicht für alle ist es unbezahlbar, aber für viele ist es unbezahlbar, und denen muss man helfen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Wir unterscheiden uns dann aber von der CSU und den FREIEN WÄHLERN an anderer Stelle. Man muss darauf achten, dass die Einnahmen stimmen. Dazu gehört der Vollzug des gegebenen Steuerrechts. Dazu gehört auf der anderen Seite aber auch, dass es bei einem Umbau des Steuerrechts sozial gerecht zugeht. Natürlich muss der Soli umgebaut werden.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Abgeschafft werden!)

Für 90 % der Menschen, die ihn heute zahlen, muss er abgeschafft werden.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Für alle!)

Für die 10 % der Reichsten in dieser Gesellschaft muss er in die heutigen Einkommensteuersätze eingearbeitet werden.

(Beifall bei der SPD)

Das ist Gerechtigkeit, und davon finanzieren wir dann einen gesellschaftlichen Ausgleich, sodass unsere Gesellschaft nicht immer weiter auseinanderdriftet. Unsere Aufgabe als Politikerinnen und Politiker ist es, diese Gesellschaft zusammenzuhalten. Wer mehr leistet, der hat natürlich auch etwas mehr Einkommen; aber wer grundlos immer mehr Geld anhäuft, den müssen und den dürfen wir auch einkommensgerecht besteuern, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Mit diesem Geld, das wir in diesem Haushalt zur Verfügung stellen, was wir durch Gegenfinanzierungsvorschläge auch klargemacht haben, wäre es neben Pflegegeld und Entlastung von Kitagebühren auch möglich gewesen, die günstigen Tarife im ÖPNV schneller, schon jetzt, anzubieten, ein 365-Euro-Ticket als Einstieg in einen kostenlosen ÖPNV nicht nur für Schüler, Azubis und Studierende, sondern zum Beispiel auch für Seniorinnen und Senioren und für sozial Schwächere, und in einem zweiten Schritt für die gesamte Bevölkerung, und zwar nicht nur in Metropolen und Verbänden, sondern in ganz Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Das hätten wir uns gewünscht.

Wir hätten uns auch moderne und vernetzte Fahrzeuge im ÖPNV gewünscht, sodass man seine Anschlüsse nicht nur sieht, sondern sie auch real erreicht, weil sie aufei-

inander abgestimmt sind, Fahrzeuge, die komfortabel sind, die ökologisch besser sind als die älteren Fahrzeuge, die momentan noch oft auf der Straße unterwegs sind.

Wir hätten uns im Wohnungsbausektor mehr Initiativen gewünscht, zum Beispiel eine Initiative für die Verlängerung von Sozialbindungen von Wohnungen, wenn diese auslaufen.

(Beifall bei der SPD)

Wir hätten uns gewünscht, dass das soziale Bauen und die soziale Bauwirtschaft stärker unterstützt werden. Wir wünschen uns auch, dass die BayernHeim endlich in die Gänge kommt. Sie muss endlich ihrer Aufgabe nachkommen, nämlich Bauen, Bauen, Bauen, und zwar im sozial-geförderten und im bezahlbaren Segment.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen mehr Qualität und längere Öffnungszeiten in den Kitas. Für die Kosten des Besuchs soll es einen Zuschuss geben, wenn dieser Besuch nicht gleich kostenfrei gestellt wird. Das wäre vielleicht nicht in einem Jahr machbar gewesen, aber wir hätten in diesem Jahr kräftig in diese Richtung gehen können. Hier haben Sie die Gebote der Stunde übersehen. Sie hätten unsere Anträge annehmen sollen, dann wären wir jetzt weiter. Jetzt müssen wir warten, bis wieder ein neuer Haushalt kommt.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, es reicht uns nicht, dass Sie 137 von 140 Anträgen "wohlwollend" ablehnen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Nein, wir haben nicht alle abgelehnt!)

– Drei Anträge wurden angenommen. Seit ich in diesem Haus bin, ist das tatsächlich das erste Mal, dass SPD-Anträge nicht nur "wohlwollend" begutachtet und im nächsten Jahr abgeschrieben wurden; sie wurden in diesem Jahr auch angenommen. Deshalb können sich die Vertreter der Senioren und die freiberuflichen Musiklehrer da-

rüber freuen, dass sie in einem Jahr insgesamt 70.000 Euro bekommen. Sie können sicher sein, diese Anträge bekommen Sie von uns zum Nachtragshaushalt wieder, sofern Sie die Mittel nicht gleich in den Nachtragshaushalt einstellen. Kolleginnen und Kollegen, wir sagen aber zusammenfassend: Das geht besser. Mit den Änderungsanträgen der SPD wären dieser Doppelhaushalt und das FAG besser geworden.

(Beifall bei der SPD)

Bei aller Wichtigkeit einzelner Punkte in diesem Haushalt werden wir ihn deshalb insgesamt ablehnen, solange Sie die anderen 137 Anträge ablehnen. Ich bin nicht so vermessen, zu sagen: "solange Sie alle ablehnen". Einigen wir uns auf einen Anteil von 50 %. Dann würden wir zustimmen.

(Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Wir sind hier nicht auf dem Basar!)

Ich sage ausdrücklich: Beim Landespflegegeld und den Kitagebühren haben die SPD und die GRÜNEN unterschiedliche Auffassungen. Trotzdem hätten es auch einige Anträge der GRÜNEN verdient, angenommen zu werden, da sie in die gleiche Richtung wie unsere gehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir lehnen diesen Haushalt so, wie er jetzt vorliegt, ab.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster hat Herr Kollege Martin Hagen das Wort.

Martin Hagen (FDP): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Beratungen über den Doppelhaushalt biegen jetzt in die Zielgerade ein. Als letzter Redner meiner Fraktion möchte ich die Gelegenheit nutzen, noch einmal allen herzlich zu danken, der Regierung, allen Fraktionen, aber insbesondere auch der Verwaltung für ihre wichtige Arbeit an diesem Doppelhaushalt.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Insbesondere möchte ich denjenigen danken, die das Geld, um das es in den letzten Tagen ging, erwirtschaftet haben, also den bayerischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Herzlichen Dank an Sie, vergelts Gott. Sie haben es verdient, dass wir als Vertreter des bayerischen Volkes sorgsam mit dem von Ihnen erwirtschafteten Geld umgehen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich unterstelle allen demokratischen Kräften in diesem Haus, dass sie von dem ehrlichen Bestreben geleitet werden, in ihrer Arbeit und bei der Beratung dieses Haushalts das Beste für unser Land und das Beste für seine Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Ich glaube, bei allem Streit eint uns mehr, als uns trennt, nämlich die Liebe zu Bayern und der Wunsch, es noch besser zu machen und Bayern für die Zukunft zu rüsten. Wir streiten über den richtigen Weg dahin. Über den richtigen Weg zu streiten, Prioritäten zu setzen und dem Bürger Alternativen aufzuzeigen, das ist das Wesen der Demokratie. Das gehört dazu.

Zum Abschluss der Beratungen möchte ich eine Institution des Freistaats zitieren, die über diesem Parteienstreit steht, eine Institution, deren Unabhängigkeit und Überparteilichkeit von der Verfassung garantiert wird, nämlich den Bayerischen Obersten Rechnungshof. Der Oberste Rechnungshof hat dem Doppelhaushalt Folgendes attestiert. Zitate:

Obwohl in den letzten Jahren die Steuereinnahmen so hoch waren wie noch nie zuvor, gelingt der Haushaltsausgleich erneut nur durch eine Entnahme aus der Haushaltssicherungsrücklage.

Allerdings ist der nun geplante Schuldenabbau deutlich geringer als noch in der mittelfristigen Finanzplanung 2017 bis 2021 vorgesehen. Damit wird der finanzielle Spielraum, den die Staatsregierung aufgrund der Neuordnung der Bundesländer-Finanzbeziehungen gewinnt, nicht für den Schuldenabbau genutzt [...].

Auch die Begrenzung der Ausgabensteigerung bleibt hinter dem zurück, was für die Haushalte seit 2015 unverändert Maßstab ist.

Der weitaus größte Teil der Mehrausgaben dient aber neuen konsumtiven und zudem dauerhaft verpflichtenden Ausgaben.

So weit die Kritik des Obersten Rechnungshofs. Die FDP-Fraktion schließt sich dieser Kritik an. Bitte verstehen Sie unsere Kritik und auch die Änderungsanträge, die wir in den letzten Tagen eingebracht haben, als Ausdruck dessen, was ich eingangs erwähnt habe, nämlich als Ausdruck des ehrlichen Bestrebens, das Beste für unser Land und seine Bürger zu erreichen.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist Tim Pargent vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tim Pargent (GRÜNE): Liebes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach drei Tagen Bayern-first-Rhetorik war sich die Koalition nicht zu schade, Vergleiche mit anderen Bundesländern anzustellen, wie es ihr gerade gepasst hat. Sie haben mindestens drei Dutzend Mal auf NRW herumgehackt, und das meistens despektierlich. Das ist aber zu wenig. Immer nur als Branchenprimus dazustehen, bringt wenig, wenn die ganze Branche im Wanken ist. Die Herausforderungen sind heute international. Ich nenne das Stichwort FC Bayern. Da vergleichen Sie sich ja auch gern. Jedes Jahr die Deutsche Meisterschaft zu holen, bringt auch nichts, wenn Sie im Viertelfinale der Champions League rausfliegen. Was bei den Bayern die alten Spieler sind, das sind bei Ihnen die alten Konzepte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Problem hier: Sie schmeißen das Geld drauf. Die großen, strukturellen Probleme gehen Sie nicht an. Ich nenne die digitale Infrastruktur, den massiven Sanierungsstau an den Hochschulen und die schlechte Schieneninfrastruktur. International sind uns

hier andere Länder meilenweit voraus. Sie vernachlässigen auch die Investitionen in den Klimaschutz.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Sie reden von der Champions League und spielen selber in der Regionalliga! Das ist doch lächerlich!)

Aber der Trainerwechsel vor einem Jahr hat auch nichts gebracht. Sie spielen die gleiche alte Taktik, und mit den FREIEN WÄHLERN haben Sie jetzt einen neuen Trikotsponsor. Eigene Impulse sind nicht zu erkennen. Ja, Sie spielen die gleiche alte Taktik: Immer raus mit den Millionen, frei nach Meister Gießkanne.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit dieser Klientelpolitik päppeln Sie vielleicht Ihre Fanclubs und Ihre Dauerkarteninhaber auf, aber international konkurrenzfähig wird Bayern damit nicht.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Erst einmal selber was leisten!)

Die Schuldentilgung, geplant bis 2030, ist schon längst in weiter Ferne. Ich fürchte, damit holen Sie am Ende noch nicht einmal den DFB-Pokal.

Wir müssen die Zukunftsaufgaben angehen, um international konkurrenzfähig zu werden, von der Kita bis zur Schiene. Wir müssen den Schuldenabbau angehen

(Hans Herold (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Berlin ist ein gutes Beispiel!)

und auf den Klimawandel reagieren. Das ist dringend notwendig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Ilse Aigner: Als Nächster hat Herr Kollege Ralf Stadler von der AfD das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach drei Tagen intensiver Haushaltsdebatte möchte ich mich zunächst bei den Mitarbeitern des Landtags bedanken, die bei der Aufstellung des Haushalts mitgeholfen haben. Wir haben sowohl von Herrn Ministerpräsidenten Dr. Söder als auch von Herrn Wirtschaftsminister Aiwanger gehört, dass in Bayern alles super läuft. "Gott mit dir, du Land der Bayern", möchte man sagen. Vom größten Haushaltsüberschuss aller Zeiten wurde gesprochen. Wer hat denn dafür gesorgt, dass Bayern in den letzten Jahren so enorme Steuereinnahmen erwirtschaftet hat? – Das waren die hart arbeitenden Bürger.

Wie mit diesen Einnahmen umgegangen wird, steht auf einem anderen Blatt. Warum wird die jährliche Schuldentilgung um die Hälfte reduziert? – Nicht nachvollziehbar ist auch, warum gerade jetzt, in unsicheren Zeiten, die Rücklagen abgeschmolzen werden.

Ich fühle mich jedenfalls dem bayerischen Volk verpflichtet und keinem anderen. – Das ist ein Zitat von Herrn Söder. Hören wir uns im Volk um, fehlt es an allen Ecken und Enden. Die Pflicht des Staates ist die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Daran hat sich die Staatsregierung zu orientieren.

Wie steht es mit der Förderung des ländlichen Raums, vor allem von strukturschwachen Regionen wie dem Bayerischen Wald? – Die FREIEN WÄHLER haben gerade 40 Millionen Euro nach Augsburg verschoben. Der Hochwasserschutz wird neu erforscht, weil dem Wirtschaftsminister das Ergebnis nicht passt. Bei der Krankenversorgung im ländlichen Raum kann der Betrieb kaum mehr aufrechterhalten werden. Im Krankenhaus Freyung ist man besonders schlau. Dort hat man einen ehemaligen CSU-Landrat auf 450-Euro-Basis angestellt, um den Kummerkasten regelmäßig zu leeren.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: So ein Schmarren!)

– Ja, so ist es.

Was ist jetzt, wenn sich die Konjunktur demnächst abschwächt, zum Beispiel bei der Autoindustrie? Was ist hier mit vorausschauenden Investitionen?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Was ist, wenn uns morgen der Himmel auf den Kopf fällt? – Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Sachlich bleiben! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das wäre gut!)

Die Rücklagen dürften schnell aufgebraucht sein, wenn die Steuereinnahmen demnächst rückläufig sind. Diese Politik des "Alles ist gut" fällt uns dann auf die Füße. Stattdessen werden weiterhin Sonderprogramme im Klimahype, im Energiebereich gefahren, die niemand braucht und die scheitern werden. Ich sage nur E-WALD oder Förderung des sozialen Wohnungsbaus mit BayernHeim. 500 Millionen Euro sollen dafür bereitgestellt werden, um 10.000 Wohnungen bis 2025 zu schaffen. Das hätte der damalige Minister Söder einfacher haben können, wenn der Freistaat die 33.000 Wohnungen aus dem Bestand der Landesbank im Jahre 2012 erworben hätte.

(Beifall bei der AfD)

Der Notverkauf war angeblich nicht zu verhindern, nachdem die damalige CSU-Regierung die Landesbank in hochriskante Geschäfte mit unter anderem der Hypo Alpe Adria getrieben hat.

Völlig außer Acht gelassen werden die immensen Kosten für die Pensionen ehemaliger Beamter, die auf den Steuerzahler zukommen. Angesichts einer wachsenden Beamtenschar, einer längeren Lebenserwartung sowie gestiegener durchschnittlicher Beamtengehälter kommt da ein finanzpolitischer Tsunami auf den Staatshaushalt zu.

(Zuruf von der AfD: Bravo! – Beifall bei der AfD)

Das ist eine versteckte Verschuldung, die offengelegt werden müsste.

(Zuruf)

Wo ist die Unterstützung von Behinderten bereits im Kindergarten und in der Schule? Dazu gehört auch eine Besserstellung der Förderlehrer durch gerechtere Entlohnung. Behinderte in betreuten Werkstätten dürfen nur über ein Schonvermögen in Höhe von 5.000 Euro verfügen, das nicht auf die Sozialhilfe angerechnet wird. Das müsste dringend nach oben angepasst werden, damit eine benachteiligte Gruppe ein wenig für das Alter zurücklegen kann.

(Beifall bei der AfD)

Stattdessen werden Wahlgeschenke von CSU und FREIEN WÄHLERN verteilt. Die AfD hingegen tritt für Verantwortung, Gerechtigkeit und für eine lebenswerte Zukunft in Bayern ein.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Das glaube ich nicht!)

Deshalb fordern wir mehr Transparenz bei der Mittelverwendung und eine gerechtere Verteilung der Mittel, damit Bayern auch in Zukunft sicher bleibt.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, bleiben Sie bitte da. – Es gibt noch eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Häusler.

Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Stadler, ich hätte zwei Fragen an Sie. Frage eins. Glauben Sie oder sind Sie überzeugt, dass durch Schlechtreden oder Schlechtdarstellung, teilweise durch Falschdarstellung und Verleumdung, Vertrauen nach innen, Vertrauen zur Wirtschaft und Vertrauen im internationalen Geschäft gewonnen werden kann?

Frage zwei. Sie haben behauptet, die FREIEN WÄHLER hätten 40 Millionen Euro nach Augsburg verschoben. Wenn Sie mir die 40 Millionen Euro jetzt erklären könnten, wäre ich Ihnen sehr dankbar. Wenn Sie mir dann noch sagen könnten, was "ver-

schoben" mit Wirtschaftsförderung, mit Innovation zu tun hat, wäre ich Ihnen insbesondere dankbar. Oder geben Sie einfach zu, dass Sie es nicht verstanden haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Stadler.

Ralf Stadler (AfD): Die 40 Millionen Euro – das habe ich angesprochen – betreffen das Flutpolderkonzept, das hier umhergeschoben wurde.

Die andere Frage habe ich nicht verstanden. Es tut mir leid.

(Zurufe – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sie haben schon mehr nicht verstanden!)

Dann können wir vielleicht ein bisschen deutsch reden, dann kriegt man es auch mit. – Danke.

(Unruhe)

Präsidentin Ilse Aigner: Der nächste Redner ist der Kollege Dr. Ralph Müller von der AfD.

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr verehrte Kollegen, geschätzte Besucher! Ich wollte heute hier eigentlich eine Rede

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

über Elektromobilität und die Automobilindustrie halten.

(Zuruf von der CSU)

Aufgrund des gesamten Verlaufes dieser Haushaltsdebatte habe ich mich jetzt entschlossen, doch über die gesamten volkswirtschaftlichen Entwicklungen und Rahmenbedingungen hier zu sprechen.

(Zurufe von der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

– Hören Sie zu! –

(Lachen bei den FREIEN WÄHLERN)

Was haben wir denn gemacht? Oder: Was hat die Regierung gemacht; nicht wir? – Der Staatshaushalt wurde aufgebläht. Es wurden viele neue Beamtenstellen und Stellen im öffentlichen Dienst geschaffen – auch bei der Polizei. Was bedeutet ein stark erhöhter oder aufgeblähter Staatshaushalt? – Letzten Endes bedeutet er eine deutlich erhöhte Staatsquote.

Erhöhte Staatsquoten waren noch nie Garanten für wirtschaftlichen Erfolg oder die Zukunftsfähigkeit eines Landes. Im Gegenteil: Ein Land, das seine Staatsquote immer mehr erhöht, verwandelt sich in einen fetten Wohlfahrtsstaat, und ein fetter Wohlfahrtsstaat ist der Wegbereiter für den Sozialismus. Das ist nämlich die Realität Ihres Haushaltes!

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der SPD und den GRÜNEN – Lachen bei den GRÜNEN)

All das, was unseren Wohlstand ausmacht, nämlich eine leistungsfähige Industrie, Gewerbe, Hochtechnologie, Leistungen im geistigen Eigentum in Forschung und Wissenschaft, ist mit deutlichen Abwärtskonnotationen versehen,

(Unruhe bei der SPD)

weil unsere Standortfaktoren nicht mehr stimmen.

(Alexander König (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Hör zu Halbleib, dass du was lernst!)

Ich habe es Ihnen in den letzten Wochen schon mehrfach gesagt. Unser Land wird einen rasanten Abstieg machen, wenn Sie nicht konsequent und rigoros die Standortfaktoren verbessern. Was sind die Standortfaktoren? Ich sage es Ihnen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Die Qualität der Zwischenrufe sollte immerhin der Qualität des Redners gleichkommen, aber das schaffen Sie nie!

(Heiterkeit bei der AfD – Lachen und Klatschen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Martin Hagen (FDP): Wir bemühen uns! – Weitere Zurufe von der FDP)

So, und jetzt lassen Sie mich weiterreden.

(Unruhe)

Lassen Sie mich weiterreden!

(Anhaltende Unruhe)

Ich sage Ihnen jetzt die Standortfaktoren für dieses Land, die wir – –

(Fortgesetzte Unruhe)

Bringen Sie hier die Leute einmal zur Ruhe!

(Lachen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege! – Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe)

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Sie ziehen das von meiner Redezeit ab. Ich will meine Redezeit!

(Anhaltende Unruhe)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, ganz ruhig. Sie kriegen eine Nachspielzeit von fünf Sekunden, damit sich jetzt die Kolleginnen und Kollegen beruhigen können.

(Lachen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Ihr könnt schon lachen, aber ich habe recht mit allem, was ich sage.

Präsidentin Ilse Aigner: Und es ist immer gut – –

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Deswegen – –

(Lachen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Müller, ganz ruhig.

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Und deswegen spreche ich auch am – –

(Anhaltende Unruhe)

Deswegen spreche ich auch am Schluss, weil das Beste kommt zum Schluss!

(Lachen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist der Füracker!)

Sie hören jetzt zu! – So. Wenn Sie die Standortfaktoren dieses Landes deutlich verbessern wollen,

(Unruhe)

unser Land zukunftsfähig machen wollen,

Präsidentin Ilse Aigner: Bitte ein bisschen Ruhe!

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) dann schützen Sie – –

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Reiß (CSU))

– Lassen Sie Ihre unqualifizierten Sprüche, Herr Reiß.

(Lachen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Tobias Reiß (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Wo ist Ihre Qualifikation?)

Dann schützen Sie als Erstes die Grenzen mit allen Mitteln. Es gibt kein zivilisiertes erfolgreiches Land – –

(Unruhe)

– Seien Sie jetzt ruhig!

(Lachen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Zuruf)

– Sie sollen jetzt ruhig sein und zuhören, habe ich Ihnen gesagt.

(Anhaltende Unruhe)

Es gibt kein zivilisiertes erfolgreiches Land wie die Vereinigten Staaten oder Japan oder China, das seine Grenzen nicht schützt. Stellen Sie die Energieversorgung dieses Landes sicher.

(Tobias Reiß (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Sie wollten doch keine neuen Polizisten, haben Sie gerade gesagt!)

Kehren Sie zurück zu einer gesicherten Energieversorgung mit einem Energiemix aus Kernenergie, fossilen Brennstoffen und erneuerbaren Energien. Das habe ich Ihnen schon einmal gesagt.

(Zurufe)

Dann: Bekämpfen Sie die explodierende Kriminalität im Land. Sie beklagen sich, dass Sie keine Fachkräfte ins Land bekommen. Es will keiner in einem Land arbeiten, in dem die innere Sicherheit nicht gewährleistet ist, in dem er keine Sicherheit für seine Familie empfindet.

(Zuruf von der FDP – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Humbug!)

Das sind die Standortfaktoren.

(Unruhe)

Und dann bekommen Sie auch die Fachkräfte nach Bayern, und die gehen nicht nach Kalifornien oder in die Schweiz.

(Beifall bei der AfD)

Weitere entscheidende Standortfaktoren sind – das habe ich Ihnen auch schon gesagt –: Senken Sie endlich die Steuern! Wirken Sie auf Ihre Kamarilla in Berlin ein, dass die Steuern gesenkt werden – die Einkommensteuer,

(Beifall der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

die Gewerbesteuer, die Körperschaftsteuer.

(Zurufe)

Stellen Sie weiterhin in der Verwaltung Rechtssicherheit her! Rechtssicherheit in der Verwaltung erreicht man durch kurze Prozesse. Die Unabhängigkeit der Justiz – –

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Da seid ihr ja Spezialisten! – Bernhard Pohl

(FREIE WÄHLER): Durch kurze Prozesse, ja!)

– Nein, nein, nein, Herr Pohl, kommen Sie hier nicht mit Primitivargumentation.

(Lachen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Rechtssicherheit – –

(Unruhe)

Rechtssicherheit erreicht man dadurch, dass man der Justiz

(Anhaltende Unruhe)

Präsidentin Ilse Aigner: Pscht!

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) die Entscheidungsanleitungen von ganz oben gibt, von den obersten Gerichten.

Dann das Nächste – und das wurde von Kollegen auch schon angesprochen –: Sanieren Sie die marode Infrastruktur in diesem Land! Das hat Ihnen sogar der Kollege von den GRÜNEN jetzt einmal in Ihr Buch geschrieben,

(Zuruf von der SPD)

was Sie tun sollen. Die Straßen

(Unruhe)

sind die Lebensadern unseres Landes – die Staatsstraßen, die Bundesstraßen; all das, was die Transportfähigkeit

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

und die Logistik in diesem Land fit macht für die Zukunft. Und dann können Sie das, was für Investitionen zur Verfügung steht, immer noch in Ihre viel gepriesene Digitalisierung stecken. Die Digitalisierung ist wichtig, damit dieses Land zukunftsfähig bleibt. Das gestehe ich Ihnen zu. Aber verengen Sie – und das macht die FDP immer so

gern – nicht immer die gesamte Fortschrittspolitik auf die Digitalisierung, das ist lächerlich.

(Abgeordneter Tobias Reiß (CSU) deutet auf die Zeitanzeige für den Redner)

– Ich habe noch eine Menge zu sagen, Herr Reiß.

(Lachen bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Zurufe)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Dr. Müller, Sie sind zehn Sekunden über der Zeit. Ich bitte Sie, dass Sie langsam oder auch etwas zügig zum Schluss kommen.

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Ich hätte Ihnen noch viel zu sagen.

Präsidentin Ilse Aigner: Das glauben wir.

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Ich danke Ihnen für die geschätzte Aufmerksamkeit. Herr Pohl, zum Lachen finde ich das, was ich gesagt habe, nicht.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Doch!)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege, wir wissen, dass Sie – –

Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Werden Sie nicht kindisch. Jeder Satz, den ich gesagt habe, ist für die Zukunft unseres Landes essenziell.

(Beifall bei der AfD – Alexander König (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Wir sollten ein Parlamentsfernsehen einführen!)

Ich verabschiede mich und wünsche Bayern viel Erfolg.

Präsidentin Ilse Aigner: Als nächster Redner hat der Kollege Raimund Swoboda das Wort.

Raimund Swoboda (fraktionslos): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Abgeordnete! Jetzt habe ich hier im Parlament eine Lehrstunde des Behaviorismus erlebt. Ich wollte eigentlich vor meiner Rede zum Haushalt die Debatte-tenkultur der letzten drei Tage loben. Dann kommt aber ein grüner Schierlingsbecher und vergiftet ein bisschen das Klima. Die Reaktion des Rechtsaußen Müller – nicht Mittelstürmer Müller! – war dann das, was wir jetzt erlebt haben. Lachen ist gesund. Sie haben sich jetzt ausgelacht, jetzt können Sie mir zuhören.

Ich möchte Ihnen jetzt Folgendes sagen: Hans Herold hat uns den Geldregen und den Geldsegen im bayerischen Staatshaushalt und auch das erklärt, was wir alle zusammen mit diesem Geld machen können. Dazu frage ich Sie: Kommt denn auch der Finanzausgleich für die Privatleute, für die Steuerzahler, die uns diesen Geldsegen beschicken? Ich hoffe, ja. Wenn es nicht so ist, stellt sich die Frage, ob sich Bayern in die Länder einreihet, die ihre Steuerbürger wie eine Weihnachtsgans ausnehmen.

Unser geschätzter Herr Ministerpräsident und Regierungschef Dr. Söder hat gesagt, dass er die Bürger nicht ausnehmen würde, so seien die Bayern nicht. Er hat gesagt, Bayern gibt alles das, was es einnimmt, mittelbar oder unmittelbar auch wieder zurück. Unmittelbar wird es über das Familiengeld oder das Landespflegegeld zurückgegeben, mittelbar über den Finanzausgleich. Er sagt aber auch, er gebe das Geld auch für Bayerns Zukunft aus. Wir haben heute etwas von Digitalisierung und die Geschichte vom Moonraker gehört. Vom Space-Programm haben wir weniger gehört, aber das steht auch da. Viel gehört haben wir von Umwelt und Naturschutz. Diese Themen werden uns weiter begleiten. Beim Finanzausgleich für Steuerzahler nehme ich die Aussage des Ministerpräsidenten, dass er auf eine Abschaffung des Soli drängen wird, wirklich ernst.

Jetzt aber zum kommunalen Finanzausgleich. Meine sehr geschätzten Kollegen, der kommunale Finanzausgleich ist ganz wichtig, und er ist aus diesem Haushaltsplan in Höhe von 125 Milliarden auch gut bestückt. Die mehr als 2.000 Kommunen, die die Basis der Gesellschaft sind, kommen in allernächster Zukunft in größte Not. Ich sage

Ihnen auch, in welche Not. Sie alle sind erfahrene Politiker, früher waren Sie vielleicht auch Kommunalpolitiker, und Sie wissen, was Abwasseranlagen und Trinkwasseranlagen sind. Sie sind komplexe Gebilde, sie sind alt, marode und erneuerungsbedürftig. Sie entsprechen nicht mehr dem technischen Stand. Ich spreche mit den Leuten, die es wissen, und die sagen mir: Raimund, wenn dafür kein Geld kommt, wird es für die Kommunen grauslich.

Deshalb ist eine Finanzpolitik, wie sie Bayern über viele Jahre praktiziert hat, nämlich sparsam wirtschaften und für die Zukunft vorsorgen, sicherlich der richtige Weg. Ich hoffe nicht, dass die Bayerische Staatsregierung irgendwann sagt, dass Abwasser und Trinkwasser eigener Wirkungskreis der Kommunen sind und die Kommunen deshalb selber schauen müssen. Die können das selber nicht leisten. Denken Sie an die vielen kleineren Anlagen in den Flächengemeinden. Da kommen wirklich mehrere Hunderttausend Euro an Investitionen auf die Kommunen zu. Wer soll das bezahlen? Der Bürger vor Ort? – Der kann es auch nicht. Der verliert dabei Haus und Hof. Sie wissen, wovon ich rede. Ich möchte, dass das nicht eintritt.

Hier im Raum reden viele über Segnungen wie Schwimmbäder und solche Einrichtungen, die in den Kommunen zunehmend vor der Schließung stehen, weil sie unter Personalnot leiden. Ich hoffe, dass das nicht das Hauptthema ist. Das Hauptthema der Zukunft muss sein, die Kommunen am Leben zu erhalten. Deshalb ist Haushaltsdisziplin und vorausschauende Sparsamkeit das Mittel der Wahl. Ich hoffe, es ist auch für unseren Ministerpräsidenten und seine Staatsregierung das Mittel der Wahl.

Jetzt danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Ich wage heute nicht, Ihnen einen schönen Abend zu wünschen, sonst bekomme ich wieder die Rüge, dass ich die Sitzung nicht beenden darf. Das soll das Präsidium machen. Daran will ich mich halten.

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Kollege Swoboda, einen schönen Abend kann man immer wünschen. Das ist schon in Ordnung. – Jetzt ist die Aussprache geschlossen.

Das abschließende Wort hat der Finanzminister, der Schöpfer des Haushalts. Bitte, sehr geehrter Herr Füracker.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Meine liebe Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren! Ich schaue, dass ich meine Redezeit von 40 Minuten gut überschreite, dann haben alle Fraktionen noch einmal die Möglichkeit, etwas zu sagen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Söder hat letztens sieben Minuten gesprochen!)

Eines habe ich aber gelernt: Drei Tage lang habe ich mich jetzt gefragt, warum ich als Letzter sprechen darf. Dr. Müller hat es beantwortet: Das Beste kommt zum Schluss.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

– Ich habe höchstes Verständnis dafür, dass nicht alle klatschen. Ich bitte, mir das auch nicht als Arroganz auszulegen, aber ich habe mich trotzdem gefreut.

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen sagen, dass es zur Zeit einen bayerischen Finanzminister gibt, der nächstes Jahr im Mai seit 30 Jahren Gemeinderat und Kreisrat ist, davon zwölf Jahre stellvertretender Landrat und neun Jahre Zweiter Bürgermeister. Deswegen habe ich eine gehörige Menge an Erfahrung betreffend Kommunen und Verständnis für Kommunen. Manchmal habe ich deswegen schon gezuckt und hätte gerne – das wäre aber wieder arrogant gewesen – gefragt: Wie lange machen Sie eigentlich schon Kommunalpolitik? Können Sie es wirklich so genau beurteilen, wie die Gemeinden ticken? Es gibt 2.056 Gemeinden und 71 Landkreise. Ich bin in diesem Land in den letzten Jahren – auch schon als Staatssekretär – unterwegs gewesen. Ich war in unglaublich vielen Gemeinden, und ich kenne alle Fragen.

Eines, meine Damen und Herren, kann uns niemand absprechen, und niemand, der seriös argumentiert, tut das: Noch nie hat der Freistaat Bayern seinen Kommunen so viel Geld gegeben wie jetzt. Noch nie in der Geschichte des Freistaates Bayern!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ausgehend von 2013 mit 7,8 Milliarden Euro wurden für 2014 8,0 Milliarden Euro als kommunaler Finanzausgleich ausgehandelt. Im folgenden Jahr waren es 8,3 Milliarden, dann 8,56 Milliarden, 8,9 Milliarden, 9,53 Milliarden und 9,97 Milliarden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben in den letzten sechs Jahren den kommunalen Finanzausgleich um mehr als 2 Milliarden gesteigert, obwohl die Gemeinden selbst höhere Zunahmen bei den Steuereinnahmen hatten als der Freistaat Bayern. Wir haben mit dem kommunalen Finanzausgleich in viele Maßnahmen investiert, die Sie heute beklagt haben.

Zwischendurch habe ich einmal gehört, wir würden Bundesgelder für Kinderbetreuung missbrauchen. Meine Damen und Herren, in diesem Doppelhaushalt sind allein Leistungen für Familien in Höhe von 2,4 Milliarden Euro enthalten. Für die Betriebskostenförderung für die Kindertagesstätten in Bayern haben wir 3,66 Milliarden Euro im Doppelhaushalt. Pro Jahr sind das rund 1,8 Milliarden Euro. Vor sechs Jahren waren es noch 700 Millionen. Wir haben enorme Steigerungen vorgenommen. Wir haben für die investiven Förderungen für Kindertagesstätten 260 Millionen eingeplant. Wir haben deutlich über 6 Milliarden Euro für Leistungen an Familien und Kinder vorgesehen. Ich weiß nicht, was man daran überhaupt noch kritisieren kann. Wir haben damit wirklich einen kommunalfreundlichen und familienfreundlichen Haushalt. Der ist nicht mehr zu toppen.

Ich wundere mich schon sehr, dass hier wieder Märchen erzählt werden. Bernhard Pohl, eigentlich müsste ich jetzt nicht die Strabs verteidigen. Ich gebe zu, dass ich nicht unterschrieben habe. Jetzt haben wir die Beiträge abgeschafft. Der Grund dafür

ist bekannt. Jetzt wird die Mär verkündet, der Freistaat Bayern habe die Strabs auf Kosten der Kommunen abgeschafft.

Dazu kann ich nur sagen: Erstens. Knapp 30 % der Kommunen dürften sich überhaupt nicht beschweren. Die hatten nämlich keine Satzung und haben keine Beiträge erhoben. Die müssten theoretisch ganz ruhig sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweitens. Das Innenministerium hat festgestellt, dass bei all den Kommunen, die Beiträge erhoben haben, in den letzten acht Jahren im Durchschnitt 62 Millionen Euro angefallen sind. Der Freistaat gibt jetzt alljährlich 150 Millionen Euro an die Kommunen, also weit mehr als das Doppelte dessen, was die Kommunen überhaupt erhoben haben. Und dann gibt es hier Kolleginnen und Kollegen, die behaupten, wir hätten auf Kosten der Kommunen die Strabs abgeschafft! Man müsste schon rechnen können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es gibt hier Kolleginnen und Kollegen, die sagen, wir gäben zu wenig Geld für das Bauen aus. Wir haben 1,7 Milliarden Euro in diesen Doppelhaushalt für das Bauen eingestellt. Wir bauen zum Beispiel Wohnungen für Staatsbedienstete. Morgen wird im Bundesrat unser Antrag beraten, bei dem es darum geht, dass es nicht mehr als geldwerter Vorteil gilt, wenn man günstig Wohnungen mietet. Weiter wird ein Antrag beraten, in dem es darum geht, dass der Arbeitgeber pauschal versteuern kann, wenn er den Bediensteten Wohnungen zur Verfügung stellen möchte. Wie es aussieht, bringen wir diesen Antrag morgen nicht durch den Bundesrat. Wissen Sie, warum? – Weil mir die Finanzminister der GRÜNEN und der SPD gesagt haben, dass sie daran kein Interesse haben. Das ist die Lage.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist Wahnsinn!)

Wir legen Anträge und Ideen vor, Sie von den GRÜNEN und der SPD lehnen ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir fördern das Bauen mit der Städtebauförderung, durch Dorferneuerung und durch Investitionsförderungen. Niemals haben wir so viel Geld zur Verfügung gestellt. Die Fördersätze für die Kommunen sind hoch.

Dann wird hier erzählt, ich hätte irgendwann einmal gesagt, den Kindern das Schwimmen beizubringen, sei Aufgabe der Eltern. Ich behaupte nicht, dass, wenn Kinder mit sechs Jahren in die Schule kommen, es Aufgabe des Lehrers ist, 25 Kindern das Schwimmen beizubringen. Ich bleibe bei meiner Aussage, weil sie stimmt. Auch ich lebe in einem Dorf, in dem es kein Schwimmbad gibt. In den allermeisten Dörfern Bayerns und in den allermeisten Ortschaften Bayerns gibt es kein Schwimmbad. Deshalb muss man das Kind ins Auto setzen, es zum Schwimmbad fahren und dann beim Schwimmunterricht abliefern. Auch wir haben das gemacht.

Ob ich das Kind in meiner Gemeinde zum Schwimmbad bringe oder in den Nachbarort fahre, spielt eine weniger große Rolle. Ich habe nur dazu aufgerufen, zu überlegen, ob nicht mehrere Kommunen miteinander ein Bad betreiben können. Es geht nicht um die Investition, sondern um die Betriebskosten. Ich kenne Kommunen, die sich ein jährliches Defizit von 400.000 Euro für ein Bad leisten, dabei 4 Millionen Euro Schulden haben und mich dazu auffordern, die Schulden zu übernehmen. Wir müssen doch ein System kreieren, das so beschaffen ist, dass jedes Kind in einer erreichbaren Entfernung ein Bad antrifft. In welcher Gemeinde dieses Bad steht, ist mir als Finanzminister kein großes Anliegen. Wir fördern das jetzt mit einer Einstiegssumme von 20 Millionen Euro pro Jahr. Ich bin gespannt, ob ab morgen bis zum 31. Dezember jemand in der Lage ist, die 20 Millionen Euro in bayerischen Schwimmbädern zu verbauen. Wir regeln die Dinge schon, da brauchen Sie keine Sorgen zu haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben 1 Milliarde Euro für den ÖPNV im Doppelhaushalt bereitgestellt. Trotzdem höre ich hier, das sei zu wenig. Ich kann nur an die Opposition appellieren, sich end-

lich zu entscheiden, ob wir zu viel oder zu wenig Geld ausgeben. Ich habe teilweise in Beiträgen verschiedener Redner derselben Partei genau das gehört. Der eine war der Meinung, wir plünderten gerade den Staatshaushalt, der andere war der Auffassung, wir würden viel zu wenig Geld für alles Mögliche ausgeben.

Ich sage Ihnen: Die Kommunen werden bestens bedient. Wir haben einen riesigen Investitionshaushalt. Wir investieren in die Infrastruktur. Ich habe es schon einmal im Zusammenhang mit der Glasfaserinfrastruktur erklärt. Es gibt übrigens neue Zahlen: Fast 90 % der bayerischen Haushalte haben mittlerweile schnelles Internet, im ländlichen Bereich sind es 83 %. Ich möchte das hiermit ergänzen, weil in diesem Zusammenhang so viel Unsinn erzählt wird.

Wir haben durch unsere Heimatstrategie den ländlichen Raum gestärkt und Behörden verlagert. Diese Verlagerung erfolgte natürlich in strukturschwache Regionen. Das war eine Verlagerung von qualifizierten Arbeitsplätzen in Behörden in die ländlichen Räume. Wir haben nicht den Willen von Menschen missachtet und haben deshalb keine Menschen versetzt. Wir haben vielmehr frei werdende Stellen verlagert und dann versucht, jemanden zu begeistern, eine Stelle einzunehmen. Das gelingt hervorragend. Viele junge Menschen können aus den Städten zurück in ihre Heimat, andere können in ihrer Heimat bleiben. Das setzen wir fort.

Wir haben im Bereich der Bildung Rekordausgaben, ebenso im Bereich des Artenschutzes. Wir werden das im Rahmen des Nachtragshaushalts bekanntlich noch einmal diskutieren. Wir haben heute schon im Bayerischen Kulturlandschaftsprogramm 293 Millionen Euro. Das ist so viel wie noch nie. Nirgendwo werden Biobauern so gut gefördert wie in Bayern. Nirgendwo gibt es so viele freiwillige Agrarumweltleistungen. Kein anderes Land als Bayern ist bereit, den Bauern so viel Unterstützung zu gewähren. Überall finden wir Spitzenleistungen und Rekorde. Bei diesem Haushalt habe ich alles, aber garantiert kein schlechtes Gewissen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Abschließend möchte ich noch etwas sagen. Es wird immer über Rücklagenentnahme, Rücklagenbefüllung usw. gesprochen, und es wird doziert, wie man einen Haushalt richtig gestaltet. Es wird gefragt, ob man während des Jahres schon wissen könne, wie viele Euro am Ende des Jahres zur Verfügung stünden bzw. schon ausgegeben seien.

Meine Damen und Herren, planen Sie einmal einen Staatshaushalt mit einem Volumen von 65 Milliarden Euro, mit 16 Einzelplänen und all dem, was damit zusammenhängt. Wir haben das Ressortprinzip. Ich bekomme nicht alle vier Wochen eine Meldung jedes Ministeriums über den aktuellen Stand des Vollzugs. Das müssen schon die jeweiligen Fachminister leisten. Als ich die Übersicht hatte, habe ich diese am 4. April an den Bayerischen Landtag geschickt, und zwar mit dem Hinweis, dass ich über die Haushaltsreste noch nicht verhandelt habe. Noch nie wurde das so schnell verhandelt wie jetzt.

Wir haben jetzt das Ergebnis diesem Hohen Hause vorgelegt. Wir haben es nicht an die Presse weitergegeben. Wenn der bayerische Finanzminister letzte Woche oder auch gestern eine Presseerklärung mit der Information herausgegeben hätte, dass der Haushaltsüberschuss 2018 4,2 Milliarden Euro ausmacht, dann weiß ich, was hier in diesem Hause passiert wäre. Man hätte mir Missachtung des Parlaments vorgeworfen. Man hätte beklagt, dass die Information der Presse und der Öffentlichkeit mitgeteilt würde, aber nicht dem Parlament. Aber wir haben es hier gesagt, wo es hingehört, im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte wenigstens zum Schluss den Weltuntergangsszenarien, die hier beschworen wurden, etwas Optimismus entgegensetzen. Diese Welt ist groß, auf ihr leben 7,5 Milliarden Menschen. Uns in Bayern beneiden mindestens 7 Milliarden Menschen um unser Leben. Das kann ich Ihnen versichern. Und allen, die der Meinung sind, es sei hier so schlimm geworden, weil wir einen Haushalt vorlegen, der ihnen nicht zu-

sagt, und die glauben, man könne in Bayern nicht sicher und gut leben, denen sage ich, dass wir in einem freien, demokratischen Staat leben. Man muss nicht in Bayern leben, wenn man das nicht möchte. Aber ich habe umgekehrt die Erfahrung gemacht, dass alle nach Bayern wollen, um bei uns zu leben. Deswegen wächst die Bevölkerung Bayerns jedes Jahr.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich danke allen, die dazu beigetragen haben, dass wir diesen Haushalt vorlegen konnten. Ich bedanke mich bei allen, die mitgeholfen haben, ich danke den Fraktionen, den Mitarbeitern in meinem Haus, denen in den Büros und im Haushaltsausschuss, alle seien mit einbezogen. Diejenigen, die ich jetzt nicht erwähnt habe, sollen sich umso mehr gelobt fühlen. Ich danke für die gute Zusammenarbeit und für die Möglichkeit, hier zu diskutieren.

Die Kommunen jedenfalls können uns für diesen Haushalt nur loben. Sie müssen sich praktisch nur überlegen, wofür sie uns alles loben. Sie haben quasi ein Multioptionsdilemma. Das ist die Lage. Deswegen plädiere ich für Beruhigung, Freude darüber, dass wir in diesem Land leben und dass es uns möglich ist, so einen Haushalt zu beschließen. Wir sollten jetzt darangehen, diesen Haushalt umzusetzen. Ich freue mich jetzt schon, wenn wir bei der Debatte zum Nachtragshaushalt überlegen, wo wir nachsteuern müssen und wo es neue Möglichkeiten und Entwicklungen gibt. Haushaltspolitik ist deswegen so interessant, weil Haushaltspolitik Zukunftspolitik für ein Land ist. Dieses Land hat Zukunft, weit mehr als jedes andere. Seien wir stolz darauf, dass wir Bürger dieses wunderschönen Freistaates Bayern sein dürfen!

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt liegt wirklich keine Wortmeldung mehr vor. Wir sind am Schluss der Debatte angelangt.

Es folgt noch das Allerschönste, nämlich die Abstimmungen, zu denen wir ganz am Schluss kommen. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über das Finanzausgleichsänderungsgesetz 2019 abstimmen. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 18/345, der Änderungsantrag auf Drucksache 18/1432 und die Beschlussempfehlung des endberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration auf Drucksache 18/1955 zugrunde.

Vorweg lasse ich über den vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/1432 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD und eine Stimme von der FDP. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD und die Kollegen Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos). Wer enthält sich der Stimme? – Die FDP, mit einer Ausnahme. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Den Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Annahme. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration stimmt ebenfalls zu. Ergänzend schlägt er vor, im neuen § 15 Absatz 2 Satz 1 der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz als Datum den "19. Juli 2019" einzufügen. Im Einzelnen verweise ich auf die Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/1955.

Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Änderung zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der FDP und die Abgeordneten Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Das sind die GRÜNEN, die SPD und die AfD.

(Zuruf: Und ein Kollege von der FDP!)

– Und ein Kollege von der FDP. Es ist so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben.

(Abgeordneter Florian von Brunn (SPD) ist kurzzeitig im Begriff, sich zu erheben
– Heiterkeit)

– Sie haben mich jetzt kurzfristig herausgefordert. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU, der Kollege Swoboda (fraktionslos) und der Kollege Plenk (fraktionslos).

(Abgeordnete der FDP erheben sich – Matthias Fischbach (FDP): Geht es um das Finanzausgleichsgesetz?)

– Ja, Drucksache 18/1955.

(Martin Hagen (FDP): Das Finanzausgleichsgesetz?)

– Ja.

(Alle Abgeordneten der FDP erheben sich)

– Also auch die FDP, auch die FDP.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Bravo!)

Damit kein Zweifel aufkommt: Es geht um das Finanzausgleichsänderungsgesetz 2019. Die FDP stimmt auch zu, ebenso die beiden fraktionslosen Abgeordneten Plenk

und Swoboda. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD und der AfD. Wer enthält sich der Stimme? – Keine Enthaltung. Das Gesetz ist damit so angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2019)".

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Einzelplan 13, Tagesordnungspunkt 20. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2019/2020, Einzelplan 13, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/1359 mit 18/1380, 18/1387 mit 18/1389, 18/1393 und 18/1394 sowie 18/1431 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/1778. Der Einzelplan 13 wird vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/1778 aufgeführten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 13 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU und die Abgeordneten Swoboda (fraktionslos) und Plenk (fraktionslos). Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der AfD, der FDP,

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Oh!)

der SPD und der GRÜNEN. Enthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist der Einzelplan 13 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 9)

Außerdem schlägt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen in seiner Beschlussempfehlung noch verschiedene Ermächtigungen des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat vor. Im Einzelnen verweise ich wiederum auf die Drucksache 18/1778.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP und die Abgeordneten Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der AfD. Es ist so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 18/1778, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/1387 mit 18/1389 ihre Erledigung gefunden haben. Die Beratung des Einzelplans 13 ist damit abgeschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2019/2020, Tagesordnungspunkt 21. Der Abstimmung zugrunde liegen die Regierungsvorlage auf Drucksache 18/346, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/1465 mit 18/1479 und 18/1552 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 18/1964.

Zuerst ist über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Erhöhung der Ballungsraumzulage" auf Drucksache 18/1468 wie beantragt in namentlicher Form abzustimmen. Die Urnen stehen bereit. Wir haben fünf Minuten Zeit zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 18:48 bis 18:53 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen, und ich bitte darum, die Plätze wieder einzunehmen. Das Abstimmungsergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt.

Über die weiteren vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge ist ebenfalls noch abzustimmen. Die Fraktionen sind übereingekommen,

dass über diese Änderungsanträge unter Zugrundelegung des Votums des federführenden Ausschusses insgesamt abgestimmt werden soll.

(Unruhe)

– Wenn alle ein bisschen ruhig sind, dann geht es auch einfacher. – Ich lasse daher so abstimmen. Ich sage es noch mal: Was die Fraktionen betrifft, gibt es die Voten, wie die jeweiligen Fraktionen abgestimmt haben. Es geht jetzt darum, wer hier so abstimmen will. Wer hinsichtlich der Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/1465 bis 18/1475 mit Ausnahme der Drucksache 18/1468 mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner jeweiligen Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Jetzt haben wir nur das Problem, dass die fraktionslosen Abgeordneten keine Fraktion haben. Deshalb müssen wir zu den jeweiligen Anträgen wissen, wie sie abstimmen wollen. Das ist jetzt schwierig. Machen wir das so: Vielleicht können Sie das nachreichen.

(Alexander König (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Einsendeschluss ist Ende nächster Woche! – Thomas Kreuzer (CSU): Die können sich doch enthalten!)

– Sie können sich auch enthalten, das macht es einfacher.

(Zuruf des Abgeordneten Raimund Swoboda (fraktionslos))

– Herr Swoboda, Sie können sich ja nicht Ihrem Votum anschließen. Das ist etwas schwierig, weil Sie keine Fraktion haben.

(Raimund Swoboda (fraktionslos): (Beitrag nicht autorisiert) Ich kann mich auch enthalten! Dann wäre die Sache geregelt!)

– Ja, bitte schön. Enthalten. – Und der fraktionslose Herr Plenk? – Enthaltung. Gut. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Die Änderungsanträge sind abgelehnt.

Jetzt wäre die Frage, ob das Abstimmungsergebnis schon da ist. – Wahrscheinlich nicht. Dann würde ich die Chance nutzen, liebe Kolleginnen und Kollegen, noch ein paar Worte zu dieser Debatte zu sagen. Wir sind fast am Ende der Haushaltsberatungen angelangt. Das sind jetzt drei durchaus anstrengende Tage gewesen. Es waren insgesamt rund 32 Stunden, die hier getagt wurde. Es waren 18 namentliche Abstimmungen, 34 einfache Abstimmungen zu den Änderungsanträgen, 18 Einzelpläne mit dem Finanzausgleichsänderungsgesetz und dem Haushaltsgesetz und 13 Abstimmungen für den Ermächtigungsbeschluss zur Anpassung der Pläne.

Auch die Liste der Rednerinnen und Redner ist sehr beeindruckend. 155 Abgeordnete haben zu den Einzelplänen gesprochen. Es gab etwa 70 Zwischenbemerkungen. 13 Minister sowie natürlich der Ministerpräsident haben zu den Einzelplänen gesprochen.

Bei allen Differenzen und unterschiedlichen Sichtweisen, die hier vorhanden sind,

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr unterschiedliche Sichtweisen!)

war der Stil der Debatte ganz überwiegend wirklich sehr sachorientiert und respektvoll. Ich möchte mich dafür ganz herzlich bedanken.

(Allgemeiner Beifall)

Es waren 32 Stunden an drei Tagen. Wer schnell rechnen kann, müsste wissen, dass das nach normalen Arbeitszeiten eigentlich vier Tage hätten sein müssen. Das sage ich insbesondere deshalb, weil ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtagsamts ganz herzlich bedanken möchte.

(Anhaltender allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte das noch einmal ausdrücklich sagen, weil es viele, viele Kräfte sind. Das sind natürlich unsere Offiziantinnen und Offizianten, die

für unsere Versorgung und das leibliche Wohl zuständig sind. Das ist der Stenografische Dienst, der Rekordarbeit geleistet hat.

(Allgemeiner Beifall – Zurufe: Bravo! – Alexander König (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Was Sie da für seltsame Zeichen hinschreiben! Der Wahnsinn!)

Nicht zuletzt möchte ich mich auch noch beim Plenarreferat mit Frau Fröhlich an der Spitze bedanken. Auch Ihnen ein ganz herzliches Dankeschön.

(Allgemeiner Beifall – Alexander König (CSU): (Beitrag nicht autorisiert) Immer schön fröhlich bleiben!)

Jetzt gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Erhöhung der Ballungsraumzulage" auf Drucksache 18/1468 bekannt. Mit Ja haben 33 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein habe 106 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen waren es 13. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

Zum Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen Zustimmung mit der Maßgabe verschiedener Änderungen. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration stimmt diesen Änderungen zu. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 18/1964. Ergänzend schlägt er vor, die Hinweise auf die letzten Änderungen der durch das Haushaltsgesetz zu ändernden Gesetze anzupassen. Bei Inkrafttreten soll im neuen Artikel 18 Absatz 2 Nummer 3 betreffend den neu eingeführten Artikel 8a zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes der "1. Juni 2019" eingefügt werden.

Wer dem Gesetzentwurf mit diesen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER und die Abgeordneten Plenk (fraktionslos) und Swoboda (fraktionslos). Wer stimmt dagegen?

– Das sind die GRÜNEN, die SPD, die FDP und die AfD. – Enthaltungen sehe ich keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Diese soll, wie in § 127 Absatz 2 der Geschäftsordnung vorgesehen, in namentlicher Form durchgeführt werden. Abstimmungsgrundlage ist der Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration. Für die Stimmabgabe stehen wieder die Urnen bereit. Ich bitte um die Stimmabgabe. Wir haben drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 19:01 bis 19:04 Uhr)

Die Zeit zur Stimmabgabe ist um. Jetzt wird noch ausgezählt. Wenn die lieben Kolleginnen und Kollegen noch dableiben würden, wäre das sehr nett, denn wir müssen ja noch das Ergebnis verkünden, auch wenn keine formale Abstimmung mehr stattfindet. Aber Sie sollten es ja wenigstens wissen, wenn wir es voraussichtlich erfolgreich abgeschlossen haben werden.

(Unterbrechung von 19:05 bis 19:06 Uhr)

Jetzt haben wir auch das letzte Ergebnis der namentlichen Schlussabstimmung über den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2019/2020. Mit Ja haben 93 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 58 Abgeordnete gestimmt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 11)

Das Gesetz ist somit angenommen. Es hat den Titel "Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaats Bayern für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 (Haushaltsgesetz 2019/2020)".

Mit der Annahme des Gesetzentwurfes in der soeben beschlossenen Fassung haben die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/1476 mit 18/1479 und 18/1552 ihre Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon wohlwollend Kenntnis.

Die Haushaltsberatungen sind damit abgeschlossen. Die Schlussworte habe ich vorher schon gesprochen. Vielen Dank und einen schönen Abend.

(Allgemeiner Beifall – Schluss: 19:07 Uhr)

Mitteilung

zu den Tagesordnungspunkten 19 bis 21

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge

I. zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2019

(Drs. 18/345)

II. zum Einzelplan 13 und

(Drs. 18/1778)

III. zum Haushaltsgesetz 2019/2020

(Drs. 18/346)

I. Finanzausgleichsänderungsgesetz 2019

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2019) (Drs. 18/345)

Drs. 18/1432

II. Einzelplan 13

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus (Tessa) Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2019/2020; hier: Keine Finanzmittel für Stadtautobahn Franken-Schnell-Weg (FSW) (Kap. 13 03 Tit. 883 05) (Drs. 18/1370)
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2019/2020; hier: Verstärkung von Investitionsmaßnahmen Fraktionsreserve streichen (Kap. 13 03 Tit. 893 06) (Drs. 18/1371)

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Subventionierung der Forschungsstiftung beenden
(Kap. 13 03 Tit. 894 07)
Drs. 18/1372
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Resteeinzug
(Kap. 13 03 neuer Tit.)
Drs. 18/1373
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Erhöhung der Mittel für Bedarfszuweisungen/Stabilisierungshilfen an Kommunen
(Kap. 13 10 Tit. 613 31)
Drs. 18/1374
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: ÖPNV-Zuweisungen erhöhen
(Kap. 13 10 Tit. 633 81)
Drs. 18/1375
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Straßenausbaupauschalen an Gemeinden gemäß Art. 13h BayFAG aufstocken
(Kap. 13 10 Tit. 883 06)
Drs. 18/1376
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Umschichtung der Entflechtungsmittel zugunsten des ÖPNV
(Kap. 13 10 Tit. 883 08 und Tit. 883 09)
Drs. 18/1377
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Investitionshilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 13 10 Tit. 883 81)
Drs. 18/1378
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Lebensraum Schule: Schulen und Berufsschulen sanieren, mehr Platz für Schülerinnen und Schüler schaffen
(Kap. 13 10 Tit. 883 11, Tit. 883 12, Tit. 883 13 und Tit. 883 15)
Drs. 18/1379
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Energetische Sanierung kommunaler Gebäude
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 18/1380
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuschüsse und sonstige Ausgaben für den laufenden Betrieb an den privaten Träger der Kinderbetreuungseinrichtung im staatseigenen Gebäude München, Reitmorstr. 29
(Kap. 13 03 Tit. 684 02)
Drs. 18/1431
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Steuermehreinnahmen im Staatshaushalt durch bessere Personalausstattung in der Steuerverwaltung
(Kap. 13 01)
Drs. 18/1359

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung Wiederbesetzungssperre, Abschaffung pauschaler Stellensperren, verbesserte Beförderungsmöglichkeiten, höhere Ballungsraumzulage und höhere Zulage im Dienst zu ungünstigen Zeiten (Kap. 13 03 Tit. 461 01)
Drs. 18/1360
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Streichung der Mittel für die Regierungsfractionen (Kap. 13 03 Tit. 893 06)
Drs. 18/1361
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Rückforderung von Flughafendarlehen (Kap. 13 06 neuer Tit.)
Drs. 18/1362
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Margit Wild u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Aufstockung der Zuweisungen an kreisfreie Gemeinden zu den Kosten der Ämter für Gesundheits- und Veterinärwesen gemäß Art. 9 Abs. 1 bis 5 BayFAG (Kap. 13 10 Tit. 633 02)
Drs. 18/1363
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Zwecke des ÖPNV (Kap. 13 10 Tit. 633 81)
Drs. 18/1364
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Solide Investitionsförderung für Bayerische Krankenhäuser - Sonstige Leistungen nach dem Krankenhausgesetz (Kap. 13 10 Tit. 891 72)
Drs. 18/1365
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Kommunalen Straßenbau stärken (Kap. 13 10 Tit. 883 07)
Drs. 18/1366
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Leistungen nach dem ÖPNV-Gesetz – Investitionshilfen an Gemeinden und Gemeindeverbände (Kap. 13 10 Tit. 883 81)
Drs. 18/1367
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Arif Taşdelen u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Stärkung der Lebensmittelkontrolle bei den kreisfreien Städten (Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 18/1368
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Inge Aures, Florian von Brunn u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Versteckte Verschuldung reduzieren: Energieeffizienz im Wärmebereich – Energetische Sanierung kommunaler Gebäude (Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 18/1369
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Härtefallfonds Straßenerstschließungsbeiträge (Kap. 13 03 neuer Tit.)
Drs. 18/1393
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u.a. SPD
Haushaltsplan 2019/2020;
hier: Rückforderung der Zinsausgaben des Freistaates von der BayernLB – Die Zinsuhr jetzt anhalten! (Kap. 13 60 neuer Tit.)
Drs. 18/1394

III. Haushaltsgesetz 2019/2020

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Wiederbesetzungssperre und pauschalen Stelleneinzug abschaffen
(Drs. 18/346)
Drs. 18/1473
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Schulgeldersatz für Privatschulen
(Drs. 18/346)
Drs. 18/1474
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Landespflegegeldgesetz, Blindengeldgesetz
(Drs. 18/346)
Drs. 18/1475
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt u.a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Streichung der Wiederbesetzungssperre
(Drs. 18/346)
Drs. 18/1465
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt u.a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Abschaffung der pauschalen Stellensperre
(Drs. 18/346)
Drs. 18/1466
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt u.a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Änderung Art. 6i (Stellenhebungen im Doppelhaushalt 2019/2020) – Schaffung verbesserter Beförderungsmöglichkeiten
(Drs. 18/346)
Drs. 18/1467
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt u.a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Änderung zu Art. 9 (Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes) – Erhöhung des Grundbetrags, des Anwärtergrundbetrags oder Dienstanfängergrundbetrags und des Kinderzuschlags bei der Ballungsraumzulage und Aufhebung des Anwärtergrenzbetrags
(Drs. 18/346)
Drs. 18/1468
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Klaus Adelt u.a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Einfügung eines neuen Art. 9 (Änderung des Ausführungsgesetzes-Aufenthaltsgesetz – Auflösung des Bayerischen Landesamts für Asyl und Rückführungen)
(Drs. 18/346)
Drs. 18/1469
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Taşdelen, Klaus Adelt u.a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Verbesserungen für Beamte und Beamtinnen beim Dienst zu ungünstigen Zeiten
(Drs. 18/346)
Drs. 18/1470
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Klaus Adelt u.a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Änderung der Landkreisordnung
(Drs. 18/346)
Drs. 18/1471
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Natascha Kohnen, Klaus Adelt u.a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020
hier: Änderung der Bayerischen Haushaltsordnung
(Drs. 18/346)
Drs. 18/1472

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 16.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 21: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Arif Tasdelen, Klaus Adelt u. a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2019/2020; hier: Änderung zu Art. 9 (Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes) - Erhöhung des Grundbetrags, des Anwärtergrundbetrags oder Dienstanfängergrundbetrags und des Kinderzuschlags bei der Ballungsraumzulage und Aufhebung des Anwärtergrenzbetrags (Drs. 18/346) (Drucksache 18/1468)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			
Aures Inge			
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes	X		
Becker Barbara			
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz			X
Blume Markus		X	
Böhm Martin			X
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun			
von Brunn Florian	X		
Dr. Büchler Markus	X		
Busch Michael	X		
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne			X
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert			
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin			X
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute			
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne			
Freller Karl			
Friedl Hans			X
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus (Tessa)			
Gehring Thomas			
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten		X	
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard			X
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin		X	
Prof. Dr. Hahn Ingo			X
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Henkel Uli			X
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hierneis Christian			
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander			
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian			X
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne			
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph			X
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd			
Markwort Helmut		X	
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph			X
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter			
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena			
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan			X
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich			X
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Westphal Manuel			
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas			X
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	33	106	13

Abstimmungsliste

zur namentlichen Schlussabstimmung am 16.05.2019 zu Tagesordnungspunkt 21: Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 (Haushaltsgesetz 2019/2020 - HG 2019/2020) (Drucksache 18/346)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus				Dr. Faltermeier Hubert	X		
Adjei Benjamin		X		Fehlner Martina			
Aigner Ilse	X			Fischbach Matthias		X	
Aiwanger Hubert				Flierl Alexander	X		
Arnold Horst				Flisek Christian			
Aures Inge				Franke Anne			
				Freller Karl			
Bachhuber Martin				Friedl Hans	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Friedl Patrick		X	
Bauer Volker	X			Fuchs Barbara		X	
Baumgärtner Jürgen				Füracker Albert	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X						
Bayerbach Markus		X		Ganserer Markus (Tessa)			
Becher Johannes		X		Gehring Thomas			
Becker Barbara				Gerlach Judith	X		
Beißwenger Eric	X			Gibis Max	X		
Bergmüller Franz		X		Glauber Thorsten	X		
Blume Markus	X			Gotthardt Tobias	X		
Böhm Martin		X		Gottstein Eva	X		
Bozoglu Cemal		X		Graupner Richard		X	
Brannekämper Robert	X			Grob Alfred	X		
Brendel-Fischer Gudrun				Güller Harald		X	
von Brunn Florian		X		Guttenberger Petra	X		
Dr. Büchler Markus		X					
Busch Michael		X		Häusler Johann	X		
				Hagen Martin		X	
Celina Kerstin		X		Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Dr. Cyron Anne		X		Halbleib Volkmar		X	
				Hanisch Joachim	X		
Deisenhofer Maximilian		X		Hartmann Ludwig			
Demirel Gülseren				Hauber Wolfgang	X		
Dorow Alex	X			Haubrich Christina		X	
Dremel Holger	X			Henkel Uli		X	
Dünkel Norbert				Herold Hans	X		
Duin Albert		X		Dr. Herrmann Florian	X		
				Herrmann Joachim			
Ebner-Steiner Katrin		X		Dr. Herz Leopold	X		
Eck Gerhard	X			Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Eibl Manfred	X			Hierneis Christian			
Dr. Eiling-Hütig Ute				Hiersemann Alexandra			
Eisenreich Georg				Hintersberger Johannes	X		
Enders Susann	X			Högl Petra	X		
Enghuber Matthias	X			Hofmann Michael	X		
				Hold Alexander			
Fackler Wolfgang	X			Holetschek Klaus	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas			
Huml Melanie	X		
Jäckel Andreas	X		
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette			
Kirchner Sandro	X		
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia		X	
König Alexander	X		
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen	X		
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Kurz Susanne			
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra	X		
Ludwig Rainer	X		
Magerl Roland			
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd			
Markwort Helmut		X	
Dr. Mehring Fabian	X		
Dr. Merk Beate	X		
Miskowitsch Benjamin	X		
Mistol Jürgen			
Mittag Martin	X		
Monatzeder Hep		X	
Dr. Müller Ralph		X	
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter			
Dr. Oetzing Stephan	X		
Osgyan Verena			
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pittner Gerald	X		
Plenk Markus	X		
Pohl Bernhard	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef	X		
Radler Kerstin	X		
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Ulrike	X		
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef	X		
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard	X		
Seidl Josef			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Stolz Anna	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund	X		
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Toman Anna		X	
Tomaschko Peter	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina	X		
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans			
Vogel Steffen	X		
Wagle Martin	X		
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Westphal Manuel			
Widmann Jutta	X		
Wild Margit		X	
Winhart Andreas		X	
Winter Georg	X		
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	93	58	0